



Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej)

Reader

„Jugendpolitische Interessenvertretung“

Beiträge zur jugendpolitischen Arbeit der Evangelischen Jugend

Mit Beiträgen von:

Michael Cares
Florian Dallmann
Wolfgang Dressler
Anja Heinke
Gebhard Hirth
Manfred Neubauer
Martin Nörber

„Jugendpolitische Interessenvertretung“

Beiträge zur jugendpolitischen Arbeit der Evangelischen Jugend

Mit Beiträgen von:

Michael Cares
Florian Dallmann
Wolfgang Dressler
Anja Heinke
Gebhard Hirth
Manfred Neubauer
Martin Nörber

Redaktion: Florian Dallmann

E-Mail: florian.dallmann@evangelische-jugend.de

Herausgegeben von der
Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511/1215-147

Internet: www.evangelische-jugend.de
(hier ist der Reader als Download erhältlich)

© aej, Hannover
August 2004

Vorwort

Die jugendpolitische Interessenvertretung der Evangelischen Jugend steht vor erheblichen Herausforderungen durch tiefgreifende gesellschaftliche und politische Veränderungen. Es gilt, eine Jugendpolitik, die immer mehr unter dem Primat des Geldes steht, mit zu gestalten, in einer Zeit, in der die Auseinandersetzungen um eine lebenswerte Welt härter werden. Dabei stehen auch Jugendverbände selbst in der Diskussion (und auf den Kürzungslisten); zurückgehende personelle und finanzielle Ressourcen verlangen kreative Wege, mit „dem Wenigen Gutes zu machen“ und Wesentliches vom Unwesentlichen zu scheiden. Leitziel bleibt jedoch, die Interessen von Jugendlichen, mit Jugendlichen und für Jugendliche zu vertreten. Neue Formen des sozialen und politischen Engagements werden in der Jugendverbandsarbeit aufgenommen, weiterentwickelt und definieren die jugendverbandlichen Grundprinzipien Freiwilligkeit, Selbstbestimmung und Selbstorganisation immer wieder neu.



Der vorliegende Reader „Jugendpolitische Interessenvertretung“ soll den Aktiven der jugendpolitischen Interessenvertretungsarbeit in der Evangelischen Jugend helfen, sich diesen Herausforderungen anzunähern, Wege des produktiven Umganges zu entwickeln und zur Reflexion anregen. Er ist eine bunte Mischung aus Theorie und Praxis, Fachbeiträge finden sich ebenso wie Projektdarstellungen oder Praxisberichte. Wenn diese Sammlung eher einem Flickenteppich als einer systematischen Darstellung ähnelt, so spiegelt dies die Situation des Arbeitsbereiches in der Evangelischen Jugend: Nicht auf alle Fragen sind schon die Antworten parat. Vieles des Dargestellten ist eher eine Problembeschreibung, eine Annäherung oder ein Denkansatz als ein Patentrezept oder ein ausgereiftes Konzept.

Auch wenn sich der Reader bewusst darauf beschränkt, Stückwerk zu sein, werden doch zumindest die wesentlichen Fragestellungen aufgegriffen:

- Wie kann die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen innerhalb und außerhalb der Jugendverbände durch neue Formen und Methoden verbessert und intensiviert werden?
- Wie werden junge Menschen auch zukünftig für jugendpolitisches Engagement motiviert und qualifiziert?
- Welche Perspektiven haben Jugendringe, um zukunftsfähig zu bleiben?
- Wie kann die Arbeit in Jugendhilfeausschüssen als wichtige jugendpolitische Möglichkeit effizient und erfolgreich genutzt werden?

Es entspricht dem Grundverständnis Evangelischer Jugend, sich aktiv an der Auseinandersetzung um eine lebenswerte Welt zu beteiligen. Ich hoffe, dass der vorliegende Reader „Jugendpolitische Interessenvertretung“ hierzu beiträgt. Allen Autorinnen und Autoren danke ich für ihre Unterstützung und ihr Engagement!

Hannover, 23. August 2004

Mike Corsa
- Generalsekretär -

Einführung: Harte Zeiten für die jugendpolitische Interessenvertretung

Die aej-Stellungnahme zur Bedeutung der Jugendringarbeit für die aej stellt fest: *„Jugendverbände vertreten auf Grundlage der freiwilligen Selbstorganisation die Interessen ihrer jugendlichen Mitglieder. (...) Leitender Gedanke ist dabei ... in der Nachfolge Jesu Christi als mündige Christinnen und Christen für die junge Generation einzutreten und Verantwortung in der Welt zu übernehmen.“* (Starke Verbindungen – Netzwerk der Jugendverbände, 1993, Seite 3)

Diese Positionierung umreißt – nach wie vor treffend - das jugendpolitische Selbstverständnis Evangelischer Jugend. Ihr jugendpolitischer Auftrag ergibt sich nicht primär aus der (zweifelloso bestehenden) Notwendigkeit, die Interessen und Belange von Verbänden der evangelischen Jugendarbeit zu wahren oder die Rahmenbedingungen für die pädagogische Bildungsarbeit zu erhalten und zu verbessern. Sie ergibt sich aus dem Auftrag, die Welt und Gesellschaft in der wir leben (und die Kirche, deren Teil wir sind), aktiv positiv mitzugestalten. Jugendpolitische Vertretungsarbeit hat daher einen umfassenden Anspruch und ist ein integraler Bestandteil der Evangelischen Jugend.

Derartige Positionierungen sind immer auch als Leitbilder und Zieldefinitionen zu werten. So ist zu fragen, ob das in der o. g. Stellungnahme entworfene Bild in dieser Form tatsächlich verwirklicht ist. Stellt sich die jugendpolitische Vertretungsarbeit nicht eher so dar: Ihre Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit wurde und wird (zumindest in der Breite der Evangelischen Jugend) nicht durchgängig wahrgenommen. Dies hat mit einer tradierten Skepsis gegenüber Politik (die - so ein Sprichwort - bekanntlich den Charakter verdirbt), der „Selbstverständlichkeit“ öffentlicher Förderung, aber auch mit einer grundsätzlich positiven Sicht der gesellschaftlichen und individuellen Zukunft vieler Aktiver der – eher mittelschichtorientierten - Evangelischen Jugend zu tun. Vor diesem Hintergrund ist Jugendpolitik häufig eine Aufgabe für einige wenige Spezialist(inn)en, häufig Hauptamtliche, die „langweilige Gremiensitzungen“ über sich ergehen lassen mussten.

Seit Ende der 90er Jahre hat sich der Legitimations- und Spardruck auf die Jugendverbände drastisch erhöht, was die Jugendverbände als Ganzes, aber vor allem ihre jugendpolitischen Vertretungsstrukturen vor erhebliche Herausforderungen stellt. Jugendarbeit und Jugendverbände stehen überall in Deutschland - mehr oder weniger – unter Druck:

- Die Verknappung finanzieller Ressourcen führt bei immer mehr Träger(inn)en der Jugendarbeit – auch bei den Jugendverbänden – zu einer teilweise existentiellen Bedrohung der Arbeit.
- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene selbst sind zunehmend von den negativen Seiten der „Risikogesellschaft“ betroffen und reagieren auf Politik mit Misstrauen oder gar Ablehnung.
- Die Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung kann nicht mehr durchgängig als „partnerschaftlich“ bezeichnet werden. Hierfür ist der Finanzdruck nicht die einzige Ursache.
- Für „unangenehme“ Tätigkeiten in der jugendpolitischen Vertretungsarbeit (wie Mitarbeit in Erwachsenengremien, Verwaltungstätigkeiten) stehen immer weniger professionelle Ressourcen zur Verfügung.
- Jugendpolitisches Engagement ist nicht mehr automatisch sinnvoll, da (finanziell) erfolgreich, sondern von häufigen Rückschlägen und Misserfolgen gekennzeichnet.

Diese Veränderungen bedeuten grundlegende Herausforderungen für die jugendpolitische Arbeit der Verbände und der Evangelischen Jugend. Es soll daher versucht werden, die aktuelle Situation der jugendverbandlichen Interessenvertretung zu beschreiben, problematische Entwicklungen aufzuzeigen, den hinter ihnen liegenden Motiven nachzugehen und schließlich Konsequenzen und Ansätze für das zukünftige Engagement in diesem Bereich aufzuzeigen.

Zur Situation der jugendpolitischen Vertretungsstrukturen der Jugendverbände

Die jugendpolitische Arbeit wird von ihren Akteur(inn)en oft als frustrierend erlebt. In der letzten Ausgabe der „aej information“ schreibt Udo Bußmann, der aej-Schatzmeister und Landesjugendpfarrer der evangelischen Kirche in Westfalen:

„Jedes Jahr dasselbe Spiel: Immer im Sommer wird der Landesjugendplan ...auf 0,- Euro gestellt... Also: ... Kampf um jeden Cent. Am Ende des Jahres gibt es in der Regel weniger. Also war die Arbeit des ersten halben Jahres wieder einmal geklärt.“ („aej information“ 1/15, 2004)

Dies beschreibt die Realität der jugendpolitischen Vertretungsarbeit unter dem Primat von Einsparzwängen. Ein Beispiel: Die Austauschrunde der evangelischen Landesjugendringvertreter(inne)n beginnt derzeit in der Regel mit Kurzberichten über die aktuellen Kürzungen. Bei wem es „nur“ die Bildungs- oder Erholungsmittel erwischt hat, der ist gut dran. Auf kommunaler Ebene gestaltet sich dies ähnlich, teilweise noch schlimmer. Die Arbeit in Jugendringen und Jugendhilfeausschüssen wird so als frustrierend und erfolglos erlebt – eine Sisyphusaufgabe. Entsprechend wird oft ein düsteres Bild vom Zustand der Vertretungsstrukturen gezeichnet.

Beim Treffen der Landesjugendringvertreter(innen) der Evangelischen Jugend vom 25. bis 26. März 2004 in Kassel wurde daher die Situation sehr genau in den Blick genommen und strukturiert die Situation in der ganzen Republik erfasst. Das Ergebnis fiel positiver aus, als erwartet. Im Börsendeutsch ließe sich die Situation mit den Worten „knapp behauptet“ beschreiben.

- Durchgehend erscheinen die Landesjugendringe – abgesehen von speziellen Problemlagen – handlungs- und funktionsfähig. Sie werden nach wie vor von einem breiten Spektrum der Jugendverbände getragen.
- Auch Kreisjugendringe bestehen nahezu flächendeckend, mit einer mehr oder weniger „normalen“ Fluktuation. Es bildet sich das für die Jugendverbandsarbeit typische Nord-Süd- und Ost-West-Gefälle ab.
- Verbunden mit der Jugendringarbeit ist in aller Regel die Mitwirkung in den entsprechenden Jugendhilfeausschüssen.
- Vielen Verbänden fällt es immer schwerer, hauptamtliche Ressourcen für Jugendringarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Evangelische Jugend gerät häufig in eine Art „Garantenfunktion“.
- Kommunale Jugendringe scheinen das schwächste Glied in der Kette zu sein. Politische Handlungsfähigkeit setzt heute erhebliche Qualifikationen und intensive Kommunikation in alle Richtungen voraus, was häufig nicht gegeben ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Jugendverbände nach wie vor über ein breites, handlungsfähiges Netz jugendpolitischer Vertretungsstrukturen verfügen und dieses – wenn auch unter verstärkten Anstrengungen – bislang aufrecht erhalten konnten.

Auf der anderen Seite lassen die nicht mehr abreißen Schreckensmeldungen und Hiobsbotschaften aus dem Feld der Jugendpolitik und Jugendförderung die Frage aufkommen, ob und wie diese Strukturen noch den aktuellen Herausforderungen gewachsen sind. An dieser Frage wird sich zentral mitentscheiden, ob Jugendverbandsarbeit in Deutschland eine Zukunft hat oder der Marginalisierung anheim fällt. Denn das jugendpolitische Engagement der Jugendverbände ist massivem Gegenwind ausgesetzt.

Jugendpolitik à la „so tun, als ob“

Benno Hafener, einer der renommiertesten Erziehungswissenschaftler Deutschlands stellte kürzlich in der „deutschen jugend“ fest:

„Beobachtungen der Jugendpolitik in den letzten Jahren führen zu dem Ergebnis, dass diese in offensiver und innovatorischer Form kaum mehr stattfindet. (...) Inhaltliche Einwände, Bedenken und Warnungen, aber auch die Angebote, gemeinsam über Zukunftsbedeutung und (auch notwendige) Veränderungen, möglicherweise eine neue Jugendpolitik nachzudenken, scheinen die Politik kaum noch zu erreichen.“

(„deutsche jugend“, 52 Jg. Heft 2, S.53-54, 2004)

In der Tat erscheint das Agieren von parteilicher Jugendpolitik in vielen Feldern problematisch, auch ohne sich hier primär auf das „Kaputtsparen“ wesentlicher Felder der Jugendhilfe zu beziehen. Nicht weniger unbefriedigend ist, wie Jugendpolitik als Querschnittspolitik betrieben wird.

Ein Beispiel: Die im Rahmen der sogenannten Hartz-Gesetze beschlossene Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Kinder und Jugendlichen

drastisch ansteigen lassen. Bereits jetzt sind Kinder das Armutsrisiko Nummer eins. Nahezu zeitgleich legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zum Ausbau der Betreuung in Kindertagesstätten vor – unzweifelhaft eine dringend erforderliche Initiative. Der Pferdefuß: Finanziert werden sollte sie aus eben diesen Einsparungen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Auch bei den sich häufenden, plakativen Sonderprogrammen unterschiedlichster Art, die mit zweifelhaften Effekten aber stets hoher medialer Wirkung aufgelegt werden, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier keine Jugendpolitik betrieben wird, sondern dass lediglich etwas inszeniert wird, was „wie Jugendpolitik aussieht“ (und auch so verkauft wird), aber die massiven gesellschaftlichen Probleme und Benachteiligungen, denen Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind, lediglich überdeckt. Die Entsprechung auf kommunaler Ebene ist der dritte „Runde Tisch“ gegen die steigende Kinder- und Jugendkriminalität, während der Kreistag die Jugendförderung weiter reduziert. Eben: Jugendpolitik a` la „so tun, als ob“.

Als Folie dieser Entwicklungen können verschiedene Leitmotive vermutet werden, die eine Gemengelage bilden:

- Unbestritten führen massive gesellschaftliche Probleme zu einem Rückgang der verfügbaren Ressourcen.
- Teilweise erscheinen die klammen Kassen aber auch politisch zumindest in Kauf genommen zu werden, wie z. B. die Diskussion um verschuldete Kommunen und die Gewerbesteuer zeigt.
- Ideell spiegelt sich eine Ökonomisierung, die versucht, Soziales nach Effizienzkriterien zu denken und zu regeln.
- Kinder- und Jugendliche (und Familien) sind in Deutschland kein Machtfaktor. Wenn es um harte Prioritätensetzungen (z. B. „Rente oder Bildung?“, „Jugendzentrum oder Umgehungsstraße?“) geht, sind z. B. Rentner(innen), die Autofahrer(innen) eine wichtige Wählergruppe, während ein Kinder- und Jugendwahlrecht noch seiner Verwirklichung harret.

Die aktuell leider häufigen (Misserfolgs-)Erfahrungen auf allen Ebenen jugendpolitischen Handelns der Jugendverbände finden hier ihre Erklärungen und decken sich mit den Erfahrungen anderer gesellschaftlicher Gruppierungen.

Partizipationsvorstellungen von Politik und Administration

Ein weiteres, besonderes Problemfeld der jugendpolitischen Arbeit der Jugendverbände hat seine Basis in erheblichen Verschiebungen in den Vorstellungen wie Staat, Gesellschaft und Demokratie funktionieren und aussehen sollen.

Jugendverbände sind derzeit konfrontiert mit den - unbestreitbar richtigen - Bemühungen von Politik, die direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – wie von anderen Bürger(inne)n auch – an Staat und Gesellschaft zu erhöhen. Für Jugendverbände ist dies eine Nagelprobe, nehmen sie doch für sich in Anspruch, eine zentrale Form der Kinder- und Jugendpartizipation zu sein. Auf die Frage nach Anspruch und Wirklichkeit wird noch einzugehen sein.

Problematisch ist jedoch, dass das „Partizipationsverständnis“ welches hierbei zu Tage kommt, über weite Strecken diffus ist und welche tieferliegenden Motive und Vorstellungen sich hier realisieren.

Zur Diffusität: Alle „Praktiker(innen)“ der Jugendverbandsarbeit kennen die mehr oder weniger gut gemeinten und gut gemachten Versuche, Jugendparlamente, Jugendbeiräte und Jugendforen usw. einzurichten. Der naive Glaube, „es ist heutzutage halt richtig und wichtig, dass irgendwie Kinder- und Jugendliche direkt und unmittelbar eingebunden sind“ ist allgegenwärtig. „Professionellen Partizipationsarbeiter(inne)n“ aus den Jugendverbänden und der Jugendarbeit gelingt es manchmal, auf Basis dieser Motivlage sogar erfolgreiche Beteiligung zu ermöglichen. Viele andere Versuche sind unsäglich und verheizen Jugendengagement in „Sandkastenspielen“. So weit, so ärgerlich.

Diese Vorstellungen darüber, was Partizipation ist, führen zu häufig zum Kurz- und Trugschluss, dass alleine die Schulklasse beim Bundeskanzler oder der Polit-Talk mit Rockmusikeinlage Partizipation seien und Jugendverbände und -ringe hingegen eine Art Altherrenklub, die nur Verbandsinteressen - sprich „ihre“ Förderung“ - verteidigt. Es ist hoch problematisch für Jugendverbände, wenn es ihnen nicht mehr gelingt, deutlich zu machen und darzustellen, dass sie eine besondere Art und Qualität der

Partizipation darstellen, die über viele Ebenen und Netzwerke hinweg komplexe und qualifizierte Meinungsbildungen ermöglicht. Zu den oben erwähnten Ökonomisierungstendenzen unserer Gesellschaft gehört die Vorstellung eines zwar „schlanken“ Staates, aber nichtsdestotrotz potenten, wirkmächtigen und steuernden Staates, der sich zumindest in Krisenzeiten über den Einfluss der Interessenverbände hinwegsetzen darf und muss. Zu Recht hat Jens Peter Jensen, Geschäftsführer des Landesjugendringes Schleswig-Holstein daher in der „aej information“ auf die „Ergänzungs- und Dynamisierungsfunktion, die das Moment der Partizipation für die liberale Demokratie hat“ („Das Kreuz mit der Partizipation“, „aej information“ 1/15, 2004) hingewiesen. Die Habermas'sche Formel von den „Systemen, die nur über ihre Spitzen kommunizieren können“ spitzt dies noch einmal zu.

Hiermit verbunden ist, dass traditionelle politisch-weltanschauliche Organisationen, wie Kirchen, Gewerkschaften und eben auch Jugendverbände häufig als obsolet eingeschätzt werden. Zweifellos hat sich das Engagement junger Menschen in Jugendverbänden erheblich gewandelt. Dies kann auch als ein Nachlassen der Attraktivität und Bindungskraft eben dieser Organisationen gedeutet werden. Von einer massiven Marginalisierung oder Bedeutungslosigkeit ist die Jugendverbandsarbeit jedoch weit entfernt, zumal neue jugendverbandliche Formen und Organisationen entstehen und wachsen. Insofern ist eine einseitige Bevorzugung eher unkonventioneller, hoch fluktuativer und situationsabhängiger Beteiligungsformen sachlich falsch. Zusammengefasst: Die „Schulklasse beim Bundeskanzler“ als Partizipationsmodell ist natürlich plausibel – aber nicht richtig. Für die jugendverbandliche Vertretungsarbeit ist dies nichtsdestotrotz problematisch. Jugendverbände stehen so – wie viele andere gesellschaftliche Gruppierungen – in der Herausforderung, ihren Vertretungs- und Beteiligungsanspruch zu legitimieren.

Geld – die „conditio sine qua non?“

Vor wenigen Wochen haben sich 69 namhafte Jugendforscher(innen) – besorgt über die massiven Einbrüche in der Jugendförderung - mit dem Aufruf „Jugendarbeit erhalten und verbessern“ an die Öffentlichkeit gewandt:

„Die (offene) Kinder- und Jugendarbeit steht derzeit vor Herausforderungen bislang ungekannten Ausmaßes, die sich kaum mehr mit einer Zuordnung zu einer periodisch wiederkehrenden Krise decken lassen. Eine sich wechselseitig beschleunigende Konstellation aus umfassenden gesellschaftspolitischen Umbrüchen, anhaltender (jugend)politischer Ratlosigkeit und vorgeblich alternativlosen Spar- und Kürzungszielen stellt auch die bisherige Funktion der Kinder- und Jugendarbeit in beispielloser Weise in Frage. (...) Hinzu kommt der Trend, Einrichtungen und Dienste der Offenen Kinder- und Jugendarbeit den Schulen zu unterstellen und damit den eigenständigen Charakter und die besonderen pädagogischen Chancen außerschulischer Bildung aufzuheben.“ (Jugendarbeit erhalten und verbessern, Stellungnahme von Jugendforschern, in der „aej information“ 3/2004)

Seit Mitte letzten Jahres rollt eine Sparwelle über die Jugendarbeit in Deutschland hinweg, die bislang nicht gekannte Ausmaße hat. Hinzu kommt, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Träger von Jugendarbeit ebenfalls unter erheblichen Sparzwängen stehen und Jugendverbände häufig zusätzlich unter den verringerten Zuschüssen ihrer Erwachsenenorganisationen zu leiden haben. Für die jugendpolitische Vertretungsarbeit der Jugendverbände bedeutet dies, dass mit einem weiteren Rückgang hauptberuflicher Ressourcen zu rechnen ist, die eine ohnehin bestenfalls „konsolidierte“ Personalsituation trifft. Kolleg(inn)en im Feld der Evangelischen Jugend gehen davon aus, dass die Jugendarbeit bis zu 30% ihres hauptberuflichen Potentials in den letzten 10 Jahren eingebüßt hat. Nun ist vielerorts damit zu rechnen, dass selbst zentrale und organisatorisch kaum kompensierbare Stellen wegfallen werden. Einige Jugendverbände sind hiervon bereits (noch) deutlicher betroffen als die Evangelische Jugend. Die jugendpolitische Vertretungsarbeit war bisher eine typische Kernaufgabe der Professionellen der Jugendverbandsarbeit: Welche(r) Jugendliche kann und will sich (ohne professionelle Unterstützung) mit dem Haushaltsplan des Landkreises auseinandersetzen? Welche(r) Ehrenamtliche kann verbindlich ein Mandat im Jugendhilfeausschuss wahrnehmen? Nun müssen sich Jugendverbände auf eine weitere „Entprofessionalisierung“ der Jugendverbandsarbeit einstellen. Auch Art und Umfang der jugendpolitischen Arbeit werden sich einer verbandsinternen Prioritätendiskussion stellen müssen.

Schwerer wiegend sind die inhaltlichen Konsequenzen des allgegenwärtigen „Spardiktats“. Thomas Rauschenbach, der Direktor der Deutschen Jugendinstituts e.V. (DJI), stellte in einem Vortrag vor dem Bayerischen Jugendring fest:

„Riskante Sparbeschlüsse schockieren und paralysieren die von Existenzängsten geplagte Jugendarbeit und dominieren gegenwärtig die fachpolitischen Diskussionen“ (Jugendarbeit unter Druck, Vortrag am 31.01.2004 in Gauting)

In der Realität der Jugendverbandsarbeit ist tatsächlich zu beobachten:

- Die Abwehr massiver Sparmassnahmen von Seiten des Öffentlichen Trägers ist mittlerweile für viele Jugendverbände existentiell und daher vorrangig;
- In Zeiten knapper werdender Ressourcen ist daneben häufig kaum noch Raum für die eigentlich zu bearbeitenden jugendpolitischen Themen;
- Mit den Sparmaßnahmen verbundene Eingriffe in die Autonomie freier Träger bedrohen die Möglichkeit zur freien und unabhängigen Kontroverse mit Politik und Verwaltung;
- Die Sparmaßnahmen bedrohen auch die Jugendringe als zentrale Institutionen der verbandlichen Interessenvertretung. Mit dem Bremer Jugendring zum Beispiel steht nun zum zweiten Male innerhalb weniger Monate ein Landesjugendring auf der „Abschussliste“.

Kommunalisierung

Die wesentlichen Felder der Jugendverbandsarbeit haben ihren Raum in kommunalen Bezügen. Jugendverbände leben „vor Ort“. Die Meinungsbildung und die Steuerung des Verbandes geschieht von unten nach oben. Dem gegenüber steht die Tendenz, dass politische Entscheidungen und Maßnahmen häufig auf übergeordneten Ebenen getroffen werden, letztlich aber in der Kommune erst ihre Verwirklichung finden. In der Bildungspolitik macht sich dies etwa am Schlagwort der „Community-Education“ deutlich.

Das von der Bundesregierung aufgelegte und mit 4 Milliarden Euro ausgestattete Programm „Bildung und Betreuung“ hat zu einem breiten Ausbau der Ganztags schulangebote geführt. Wie „jugendverbandsfreundlich“ sich die Ausgestaltung vor Ort vollzog, war letztlich – trotz in einigen Bundesländern abgeschlossener Rahmenverträge – vor allem an Schulleiter(inne)n, Bürgermeister(inne)n usw. festzustellen. Auf Bundes- und Landesebene ausgeschriebene Förderprogramme, die zunehmend die institutionalisierte Förderung ersetzen, haben ähnliche Wirkungen.

Jugendverbände sind mit solchen Konstellationen aufgrund ihrer Bottom-Up-Strukturen vor besondere kommunikative und steuerungstechnische Herausforderungen gestellt. Letztlich können die übergeordneten Verbands- und Vertretungsstrukturen bestenfalls die Chancen für ein erfolgreiches Agieren vor Ort erhöhen. Hierzu gehört auch die Notwendigkeit, zunehmend Mitverantwortung für funktionsfähige Basisstrukturen übernehmen zu müssen und insbesondere mit Nachdruck die Kommunikation in beide Richtungen zu erhöhen, also Servicefunktionen zu übernehmen.

Jugendpolitisches Selbstverständnis

Jugendverbände – auch die Evangelischer Jugend – verstehen sich als partizipative Selbstorganisationen Jugendlicher. Letztlich leitet sich aus diesem Anspruch nicht nur das Mandat, sondern vielmehr die selbstverständliche Aufgabe der jugendpolitischen Vertretung der Interessen Jugendlicher ab. Hierzu gehören zunächst die verbandlichen Interessen der in den Verbänden aktiven jungen Menschen, die zu Recht für gute Rahmenbedingungen, für Förderung und Unterstützung ihrer Arbeit und ihres Verbandes eintreten. Dazu gehört aber nicht minder der Anspruch und die Selbstverständlichkeit, die Gesellschaft durch die im Verband entwickelten Normen und Werte - in Forderungen und Positionen konkretisiert – mit zu gestalten. Diese spiegeln die Interessen der im Verband organisierten Jugendlichen und repräsentieren darüber hinaus diese auch stellvertretend für weite Teile der nicht verbandlich organisierten jungen Menschen.

Dieses Selbstverständnis findet seine Begrenzung zum einen in der Priorität, die junge Menschen selbst - innerhalb des Jugendverbandes - diesem zuweisen: Sie sind, bilden und machen den Verband. In dem Maße, wie sie Jugendpolitik innerhalb des Verbandes denken und betreiben, ereignet sie sich. So wird die jugendpolitische Interessenvertretung sich innerhalb der Evangelischen Jugend immer wie-

der neu im Verhältnis zu Freizeitgestaltung, Geselligkeit und zu Bildungsangeboten verorten und dieses organische Verhältnis auch authentisch nach außen darstellen müssen. So sind Jugendverbände – notwendigerweise – geprägt von zwar jugendgemäßen, eher unscharfen und informellen, partizipativen Strukturen, die nicht immer eine der Erwachsenenwelt voll entsprechende Mandatierung ihrer Vertreter(innen) leisten können und sollen.

Zum anderen stehen viele Jugendverbände – so auch die Evangelische Jugend – häufig in der ambivalenten Zwitterrolle, sowohl Selbstorganisation Jugendlicher als auch Träger von Angeboten für Jugendliche zu sein. In Grenzbereichen – z. B. bei Angeboten der Schulsozialarbeit, der schulnahen Jugendarbeit usw. – kann dies nahe an einen strukturellen Widerspruch heranführen. In der jugendpolitischen Interessenvertretung ist daher ein klares Selbstverständnis erforderlich, primär als Vertreter(in) einer Selbstorganisation Jugendlicher zu agieren und erst sekundär als Träger(in) und Anbieter(in) bestimmter Leistungen, insbesondere, wenn es um die Vertretung ausgewiesener Trägerinteressen geht.

Konsequenzen:

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Schere zwischen der dringenden Notwendigkeit, auf allen Ebenen eine nachdrückliche und wirksame Vertretungsarbeit zu leisten und den Möglichkeiten, diese zu realisieren, für die Jugendverbände und auch die Evangelische Jugend weiter auseinander geht.

Auf der einen Seite:

- werden die Probleme junger Menschen in unserer Gesellschaft drängender;
- agiert Jugendpolitik unter dem Diktat von Sparzwängen zunehmend konzeptionslos und kurzatmig;
- wird die jugendpolitische Vertretungsarbeit zur Absicherung der existenziellen Verbandsinteressen immer wichtiger.

Auf der anderen Seite

- werden zunehmend informellere Partizipationsformen als die verbandliche Selbstorganisation politisch und administrativ präferiert;
- wird die Notwendigkeit von Interessenverbänden in einer pluralistischen Gesellschaft in Frage gestellt;
- stehen zunehmend weniger materielle und personelle Ressourcen in den Jugendverbänden zur Verfügung.

Es muss davon ausgegangen werden, dass die wesentlichen Grundströmungen dieser Entwicklung durch Jugendverbände nicht kurz- oder mittelfristig zu beeinflussen sind.

Somit stellt sich die Frage, wie Jugendverbände – und insbesondere die Evangelische Jugend – ihr zukünftiges jugendpolitisches Engagement ausgestalten sollen.

Prioritäten klären und Strukturen anpassen

Auch in Zeiten knapper werdender Ressourcen muss die jugendpolitische Vertretungsarbeit in der Evangelischen Jugend angemessen wahrgenommen werden. Dies ist wesentlich zur Absicherung von Ressourcen und zur Schaffung positiver Rahmenbedingungen evangelischer Jugendarbeit erforderlich. Sie ist aber vor allem aus unserem christlichen Selbstverständnis unaufgebbar.

Hierbei gilt es, ein angemessenes Verhältnis zu anderen Arbeitsfeldern und Aufgabengebieten der Evangelischen Jugend zu wahren. Wenn ein Kirchenkreis nur noch über eine 50%-Stelle für Jugendarbeit verfügt, kann diese nicht ausschließlich für den Kreisjugendring eingesetzt werden. Im Regelfall dürfte aber die verbindliche Mitarbeit der Evangelischen Jugend im jeweiligen Jugendring das Mindestmaß sein.

Wo „Jugendring“ drauf steht, muss auch „Jugendring“ drin sein

Jugendringe und ähnliche Arbeitsgemeinschaften von Jugendverbänden stehen im Zentrum der jugendpolitischen Vertretungsarbeit, da sie repräsentative Meinungsbildung, geschlossenes Auftreten und arbeitsteiliges Handeln ermöglichen. Sie sind als Arbeitsform nach wie vor unverzichtbar.

Jugendringarbeit muss effizient gestaltet und angesichts schwindender Ressourcen notfalls auf die unverzichtbaren Kernbereiche zurückgeführt werden. Jugendvertretung bedarf einer öffentlich erkenn- und ansprechbaren Struktur, Jugendringe sind die Sprachrohre zu Politik und Verwaltung. Zentral muss die Vertretung in den Jugendhilfeausschüssen sein. Die „Brauereibesichtigung“ oder Ähnliches sind dem gegenüber nachrangig.

Die Evangelische Jugend ist einer der größten deutschen Jugendverbände. Hieraus ergibt sich eine besondere Verantwortung, das erfolgreiche Arbeiten von Jugendringen und anderen Zusammenschlüssen von Jugendverbänden abzusichern.

Jugendpolitische Vertretungsarbeit geht alle an

Evangelische Jugend hat den Anspruch, partizipativ und selbstorganisiert zu arbeiten. Das bedeutet: Wo immer es möglich ist, sollen Kinder und Jugendliche sich und ihre Interessen selbst vertreten. Wo Hauptamtliche dies stellvertretend tun, benötigen sie eine klare demokratische Legitimation; sie sollten durch ein Gremium von Ehrenamtlichen begleitet werden.

Jugendpolitik ist auch ein zentrales Lernfeld für Kinder und Jugendliche, dass zu einer ganzheitlichen Bildung dazu gehört. Jugendverbände sollten vermehrt dieses Lernfeld für niederschwellige Formen der Einbeziehung nutzen. Hauptberuflich Mitarbeitenden kommt dabei als zentrale Aufgabe die Ermöglichung eines gelingendem jugendpolitischen Engagement Ehrenamtlicher zu.

Angesichts der zu erwartenden Entprofessionalisierung der Jugendarbeit werden verstärkt auch neue Gruppen Ehrenamtlicher in den Blick genommen werden müssen, insbesondere solche Personen, die aus der kontinuierlichen, praktischen Arbeit herausgewachsen sind oder die biographisch andere Bedürfnisse entwickelt haben. Dabei gilt: Ein jugendpolitisches Funktionär(s)/innen-Ehrenamt ist nicht weniger wert als eine Gruppenleitung usw.

Offenheit für neue Partizipationsformen:

Der Anspruch, dass Kinder und Jugendliche sich und ihre Interessen selbst vertreten, wird sich nur mit einer verstärkten Berücksichtigung ihrer je individuellen Bedürfnisse verwirklichen lassen. Dies bedeutet nicht, die jugendpolitische Vertretungsarbeit zu reinen „Spaß-Events“ verkommen zu lassen. Neue, informellere und weniger verbindliche Formen wie z. B. offene Foren können eine breitere Beteiligung in Jugendverbänden engagierter und auch nicht organisierter Kinder- und Jugendlicher erleichtern und die Gremienarbeit ergänzen und qualifizieren.

Innerhalb der traditionellen und unverzichtbaren Arbeit in Jugendringen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen können „erwachsenenlastige“ Elemente reduziert und jugendgemäßere Arbeitsformen eingeführt werden. Dies kann auch eine neue höhere Akzeptanz in Politik, Verwaltung und Gesellschaft bewirken.

Jugendpolitik ist mehr als die Absicherung der Förderung von Jugendarbeit

Aktuell steht die Förderpolitik vielerorts im Mittelpunkt der jugendpolitischen Vertretungsarbeit der Evangelischen Jugend. Dies ist eine jugendpolitische, von außen gesetzte Notwendigkeit und keine freiwillige Prioritätensetzung der Jugendverbände und muss auch als solche deutlich benannt werden.

Das jugendpolitische Selbstverständnis der Evangelischen Jugend geht über dies „Primat des Wirtschaftlichen“ hinaus. Aus der Freiheit und Möglichkeit, die Interessen junger Menschen umfassend zu vertreten, schöpft die jugendpolitische Vertretungsarbeit der Evangelischen Jugend ihre Berechtigung und Attraktivität für junge Menschen.



Zum Autor:

Wolfgang Dressler, 38 Jahre, Diplom Religions-Pädagoge und Fachwirt für Organisation und Führung (Sozialwesen), Jugendreferent beim Evangelischen Jugendwerk Stuttgart seit 1992, freier Mitarbeiter an der Evangelischen Akademie Bad Boll, seit mehr als 20 Jahren engagiert in der evangelischen Jugendarbeit auf allen Ebenen, Projektleiter „Entwicklung der Mitarbeiter(innen)bildung“ im ejs 2001/2002, Trainer für das Programm Betzavta – ein Programm zum Demokratielernen, engagiert in Projekten mit Schulklassen, Auszubildenden und Multiplikator(inne)n zu den Themenbereichen „Demokratie leben“, „Teamentwicklung“ und „Förderung des Eigenengagements junger Menschen“, seit Herbst 2003 Leiter des Projekts „Demokratie weiter entwickeln“ im ejs.

Im Rahmen des Projektes „Demokratie weiter entwickeln“ macht sich das Evangelische Jugendwerk Stuttgart (ejs) auf die Suche nach neuen Formen der Mitbestimmung in der evangelischen Jugendverbandsarbeit.

Vor langer Zeit waren es die alten Griechen, die mit der attischen Demokratie mehr als 400 Jahre vor Christus eine bahnbrechende politische Entwicklung nicht nur angestoßen haben, sondern auch in bewunderswerter Konsequenz umzusetzen wussten. Bei den Bürger-Versammlungen, dem zentralen Entscheidungs-Gremium jenes ca. 200.000 Einwohner zählenden Volkes waren meist mehr als 6.000 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Beteiligung wurde groß geschrieben (wenn auch nur für Männer aus ausgewählten Berufsgruppen). Immerhin fast zwei Jahrhunderte hielt sich die demokratische Staatsform in Athen mit allen Vor- und Nachteilen, mit allen Höhen und Tiefen, um anschließend in einen Dornröschenschlaf zu fallen. Viele Jahrhunderte später schlug ihre Stunde erneut. Erst seit wenigen Jahren zählen viele Dutzend Staaten auf allen Kontinenten zu den Demokratien dieser Welt.

Mitbestimmung in Vereinen und Verbänden

Was für Staaten möglich ist, findet sich in den Vereinen und Verbänden, so auch in unserer Jugendarbeit in oft wesentlich konsequenterer Form wieder. Mitbestimmung ist ein Grundpfeiler der evangelischen Jugendarbeit in allen Landeskirchen. Württemberg ist vor mehr als 50 Jahren einen eigenen Weg gegangen. Als freier und unabhängiger Verband entstand innerhalb der Landeskirche das Evangelische Jugendwerk in Württemberg - von der Basis bis zur Leitung ehrenamtlich geleitet und verantwortet.

Trotz aller Schwierigkeiten (oft langwierig, aufwändig, behäbig) hat sich das Prinzip der Partizipation in all den Jahren und in allen Entwicklungen als notwendig, kostbar und unverzichtbar erwiesen.

Vielfalt und Veränderung

Demokratische Formen sind sehr vielfältig und haben sich im Lauf der Zeit stets verändert. Demokratie muss, um zeitgemäß zu bleiben und den aktuellen Anforderungen gerecht werden zu können, stets weiter entwickelt werden.

Vieles hat sich in den vergangenen Jahren in unserer Arbeit im Evangelischen Jugendwerk bewegt. Auch das Bild der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist im Wandel begriffen. Wurden früher meist junge Menschen für eine bestimmte Aufgabe gesucht, gehen wir heute stärker von den Gaben und Fähigkeiten, den Interessen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus. Damit orientiert sich auch die evangelische Jugendarbeit in all ihren Formen, von den regelmäßigen Angeboten über Projekte und Aktionen bis hin zur Mitarbeiter(innen)bildung an den Persönlichkeiten der jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Sie sind wie alle Menschen Kinder unserer Zeit. Im Lauf der Jahre hat sich ihr Lebensumfeld und damit auch ihr Leben verändert. Die Wege der Kommunikation und Information sind andere geworden. Im Kielwasser dieser Entwicklungen hat sich das Freizeitverhalten junger Menschen grundlegend verän-

dert. Und mit ihm auch die Formen des möglichen ehrenamtlichen Engagements. Eindrücklich zeigt dies der Freiwilligensurvey von Klages aus dem Jahre 1999. Nicht die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Einsatz hat sich verändert. Sie ist unter Jugendlichen stabil auf recht hohem Niveau. Die Beweggründe jedoch sind andere geworden. Engagement wird mehr und mehr im Gesamtkontext einer gelingenden, auf Zukunft ausgerichteten Biographie betrachtet.

Diese Entwicklungen wirken sich in unserer Arbeit, in ihren Formen und Angeboten aus. Gleichzeitig finden wir uns im Lauf der Jahre mehr und mehr in einer Konkurrenzsituation zu anderen Anbietern wieder, kommerziellen und Non-Profit-Organisationen, die allesamt um die Gunst Jugendlicher buhlen. Neue, attraktive und konkurrenzfähige Angebotsformen entstanden.

Fels in der Brandung oder Klotz am Bein

Unsere Struktur und damit die Möglichkeit für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mitzuentcheiden und mitzugestalten, ist – mit Ausnahme einiger Schönheitskorrekturen – immer noch die alte. Sicher hat sich vieles bewährt und funktioniert bis heute tadellos. Anderes hingegen leidet schon seit langem sichtbar an Altersschwäche. Exemplarisch seien drei Punkte genannt:

1. In vielen Kirchen-Gemeinden gibt es Angebote für die verschiedenen Altersgruppen. Die jungen Menschen, die sich hier engagieren, sind oft nur mangelhaft in die Verantwortungsstrukturen eingebunden. Sie machen die Arbeit gerne und selbständig, sehen jedoch häufig keinen Sinn darin, sich mit Fragen und Themen zu befassen, die sie aus ihrer Sicht nicht betreffen. Damit fehlt die Basis unserer Entscheidungsstruktur.
2. In einigen Stadtteilen haben die Gemeindegrenzen keine Bedeutung mehr. Die Jugendlichen und zunehmend auch die Kinder bewegen sich interessengeleitet an die Orte der Angebote. Gleichzeitig sind einige Innenstadtgemeinden stark überaltert. Dies hat dazu geführt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich über Gemeindegrenzen hinaus mit verschiedenen Angeboten an die einzelnen Zielgruppen wenden. Unsere Struktur, die von der Gemeindeebene als Basis ausgeht, berücksichtigt diese Entwicklung nicht.
3. Leitungsgremien auf Bezirksebene werden von den Mitgliedern selbst oft als unbefriedigend in Form und Inhalten empfunden. Sie scheinen sehr weit entfernt von den Themen, die sich aus der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergeben, die sie interessieren und bewegen. Junge Menschen füllen hier nur noch bloße Funktionen aus, die die Struktur vorschreibt.

Demokratie aber lebt von funktionierenden und akzeptierten Strukturen für die Beteiligung der Betroffenen und von nachvollziehbaren, angemessenen Entscheidungswegen.

Dies war der Grund und für den Vorstand des Evangelischen Jugendwerks Stuttgart Anlass genug, das Projekt „Demokratie weiter entwickeln – neue Formen der Mitwirkung im ejs“ aus der Taufe zu heben.

Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren. Ziel des Projektes ist es, unsere Entscheidungsstrukturen weiter zu entwickeln, sie an den Interessen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Belangen unserer gemeinsamen Arbeit in den verschiedensten Arbeitsbereichen des ejs auszurichten und so effektiver und positiver zu gestalten. Dabei soll Bewährtes mit Neuem verbunden werden. Dabei müssen auch zukünftige Veränderungen und Entwicklungen, die uns im Bereich der Jugendverbandsarbeit erwarten, mitgedacht werden. Das heißt, dass ein hohes Maß an Flexibilität notwendig ist, eine Struktur entsteht, die auf Veränderbarkeit angelegt ist.

Ehren- und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind eingeladen sich im Rahmen verschiedener Projektbausteine an dem Gesamtprojekt zu beteiligen. Unsere Mitbestimmungsstruktur soll von den Menschen entwickelt und geändert werden, die in ihr arbeiten. Die Ergebnisse werden in der Praxis erprobt und bei Erfolg in unsere Arbeit integriert. Das Projekt ist eng mit der Leitungsebene unserer Jugendarbeit verzahnt. Nur so können wirksame Veränderungen erreicht werden.

Welche Themen und Knackpunkte bearbeitet werden, wird sich unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ejs in den verschiedenen Arbeitsbereichen bis Herbst/Winter 2004 klären.

Grob lassen sich drei Projektphasen unterscheiden:

1. Sichtung, Sammlung und Analyse

Wie sieht unsere aktuelle Struktur aus? Wo klafft eine Lücke zwischen der Realität unserer Arbeit und den Mitbestimmungsmöglichkeiten? Wo haben engagierte Menschen im ejs zu wenig oder keine Möglichkeiten, ihre Stimme und Meinung einzubringen? An welchen Stellen werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienst der Struktur funktionalisiert?

Was ist wirklich demokratisch? Wie verhalte ich mich demokratisch? Können wir aus den Erfahrungen anderer mit demokratischen Strukturen etwas lernen?

2. Arbeit an den Knackpunkten

Exemplarisch werden ausgewählte Themen und Fragestellungen bearbeitet. Neue Strukturelemente werden entwickelt und getestet. Formen und Möglichkeiten der Partizipation sollen aktuell, angemessen und veränderbar sein.

3. Ergebnissicherung, Perspektive

Die Ergebnisse werden dokumentiert. Unsere Partizipationsstruktur wird unter Berücksichtigung der Projektergebnisse weiter entwickelt und entsprechend verändert.

Die Projektbausteine

1. die Arbeitsgruppen (AG)

Die Arbeitsgruppen arbeiten an den einzelnen Themen und Inhalten des Projektes. Die Intensität, die Sitzungsfrequenz und die Dauer ihrer Tätigkeit hängt von der Aufgabe ab und wird von den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern selbst bestimmt. Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen werden gebündelt und stehen allen Interessierten zur Verfügung. Aufgabe der Projektleitung ist es, eine geeignete Form zu finden, die Einzelergebnisse zu kommunizieren, abzugleichen und zu harmonisieren.

Es ist prinzipiell jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter des ejs möglich, sich an der Arbeit der AG zu beteiligen. Den Zeitraum des eigenen Engagements legen die jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst fest.

Die AG steuern den gesamten Projektprozess in engem Kontakt mit der Mitarbeiter(innen)versammlung und dem Vorstand. Zur Vorbereitung und Verankerung des Projekt-Themas und als erste Motivation finden bis zu den Herbstferien 2004 Gespräche mit den ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Arbeitsbereiche des ejs statt.

Die Entwicklung einer neuen Partizipationsstruktur geschieht nicht im luftleeren Raum sondern im Rahmen konkreter Praxismodelle. Zu diesen Praxismodellen gehören neben einzelnen Angeboten und Arbeitsbereichen des ejs auch Strukturelemente und klar umrissene Aufgaben zur Weiterentwicklung der bestehenden Beteiligungsstruktur.

Beispiele:

SichtBar - das Jugendcafé im ejs

Mit dem ehrenamtlich geleiteten Café SichtBar entstand im Frühjahr 2003 ein völlig neuer Arbeitsbereich des ejs im Grenzbereich zwischen Jugendarbeit und Gastronomie. Hier werden neue Möglichkeiten der Verantwortungsübernahme und der Mitbestimmung entwickelt. (siehe auch www.sichtbar44.de)

Die Jugendkirche Stuttgart

Im Dezember 2003 wurde die Jugendkirche Stuttgart eröffnet. Hier bietet sich die Chance, Partizipationsstrukturen von der Geburt eines Arbeitsbereiches an neu zu entwickeln. (siehe auch www.jugendkirche-stuttgart.de)

Der Stuttgarter Westen

Im Stadtteil Stuttgart West wurde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ejs klar erkannt, dass ihre vorhandenen Ordnungen und Strukturelemente nicht mehr in erster Linie der Mitbestimmung Jugendlicher dienen sondern dem Erhalt der Strukturen selbst. Das möchten sie ändern und werden im Herbst 2004 mit der Arbeit daran beginnen.

2. die Begleitung

Die Begleitung des Projektes findet auf zwei Ebenen statt.

das Interessiertentreffen (IT)

Es ist offen für interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Arbeitsbereichen des ejs, für Kontaktpersonen aus dem kirchlichen Kontext und dem Bereich der Jugendverbandsarbeit in Stuttgart und für die Begleitpersonen. Zu den IT wird in größeren Abständen eingeladen. Sie informieren eine interne Öffentlichkeit über den Projektverlauf und seine Ergebnisse. Mögliche Rückmeldungen an die AG sind möglich.

die Begleitpersonen

Sie bilden eine Art „virtuelles“ Gremium. Seine Verbindungselemente sind das gemeinsame Thema und der Projektleiter. Informationen werden ausgetauscht, regelmäßige Gespräche reflektieren den Projektverlauf. Bei Bedarf und an zentralen Stellen des Projekts können gemeinsame Treffen die Arbeit sinnvoll ergänzen. Die Begleitpersonen sind Fachleute aus der kommunalen Ebene, aus der Landes- und Bundesebene. Die Arbeit mit den Begleitpersonen vernetzt das Projekt über das ejs hinaus.

3. die Exkursionen

Sie dienen der inhaltlichen Zuarbeit, der Korrektur, dem Innehalten und Neuorientieren, der Grundlagenarbeit in Theorie und Praxis. Dazu gehören Seminare (ein- und mehrtägig), vorzugsweise an Orten außerhalb von Stuttgart (Abstand gewinnen) und in einem angenehmen Ambiente (Wertschätzung) ebenso wie Studienfahrten (ein- und mehrtägig). Themen können sein:

- 2500 Jahre Demokratie – eintauchen in die spannende Geschichte der Demokratie, ihrer Irrungen und Wirrungen, ihrer Erfolge – eigener Erkenntnisgewinn – Vorbilder entdecken – Anregungen für unser demokratisches Verständnis – Grundlagenarbeit.
- Besuche bei Institutionen und Verbänden, die mit alternativen (innovativen) und interessanten Möglichkeiten der Mitbestimmung/Mitwirkung/Partizipation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (ehrenamtlich/im Einzelfall auch hauptamtlich) arbeiten.
- Austausch mit Verbänden/Vereinen/Initiativen die mit einer ähnlichen Fragestellung beschäftigt sind.
- Teilnahme an Vorlesungen und Veranstaltungen von Universitäten/Fachhochschulen/Akademien im Auftrag des ejs (Einzelnen und in Gruppen).

4. Dokumentation und Evaluation

Die Arbeit im Projekt wird kontinuierlich evaluiert und umfassend dokumentiert.

Methoden

Die Arbeit im Projekt steht in einem konstruktiven Spannungsfeld zwischen Praxis und Theorie, zwischen Alltag und Rückzug. Die praxisnahe Arbeit in den Arbeitsgruppen findet ihre notwendigen Pausen in begleitenden Exkursionen und Seminaren.

Motivationsgespräche bilden den Startpunkt mit allen Arbeitsbereichen. Es schließt sich ein gemeinsamer Zielfindungsprozess auf den betroffenen Ebenen an.

Gearbeitet wird mit zahlreichen Methoden aus der Erwachsenenbildung. Ergänzt wird die Arbeit bei Bedarf mit aktivierenden Befragungen und anderen Möglichkeiten zur Beteiligung einer möglichst breiten Gruppe Betroffener.

Die notwendige Auseinandersetzung mit der je eigenen Position und dem eigenen Demokratieverständnis orientiert sich an den Grundlagen von „Betzavta“, einem Programm zum Demokratielernen aus Israel.

erste Erfahrungen/konkrete Schritte

Die ersten Gespräche in unterschiedlichen Gremien und Gruppen ergaben zweierlei:

1. Es wurde deutlich, dass die beschriebene Problematik von den meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erkannt wird. Gewohnheiten und Tradition werden hin und wieder zwar als überholt, aber auch als bequem empfunden. Deshalb ändert sich bislang nicht viel.
2. Die Motivationsgespräche mit den verschiedenen Arbeitsbereichen verliefen sehr positiv. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erkannten das Thema und die Fragestellungen des Projektes als eigene Themen und Fragen. Sie haben Knackpunkte und Probleme erkannt und benannt und Ziele formuliert.

Im Herbst 2004 werden im Rahmen der nächsten Mitgliederversammlung die Arbeitsgruppen zu den einzelnen Praxismodellen offiziell beauftragt.

Ausblick

Im Sommer 2003 hat sich der Vorstand des ejs für das Projekt „Demokratie weiter entwickeln“ entschieden. Er tat dies in dem Bewusstsein, dass das Projekt Veränderungen mit sich bringen wird - auch Veränderungen, die weh tun können, wenn alte Zöpfe abgeschnitten werden. Für die im Projekt engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es von zentraler Bedeutung, dass die Erkenntnisse und Ergebnisse ihrer Arbeit bereits im Verlauf des Projektes in konkreten Schritten im Rahmen der Strukturentwicklung umgesetzt werden. Erste Teilerfolge sind bereits im Laufe der nächsten Monate zu erwarten.

Die aktuelle Entwicklung und der Projektverlauf können auch im Internet verfolgt werden: www.ejs-online.de.

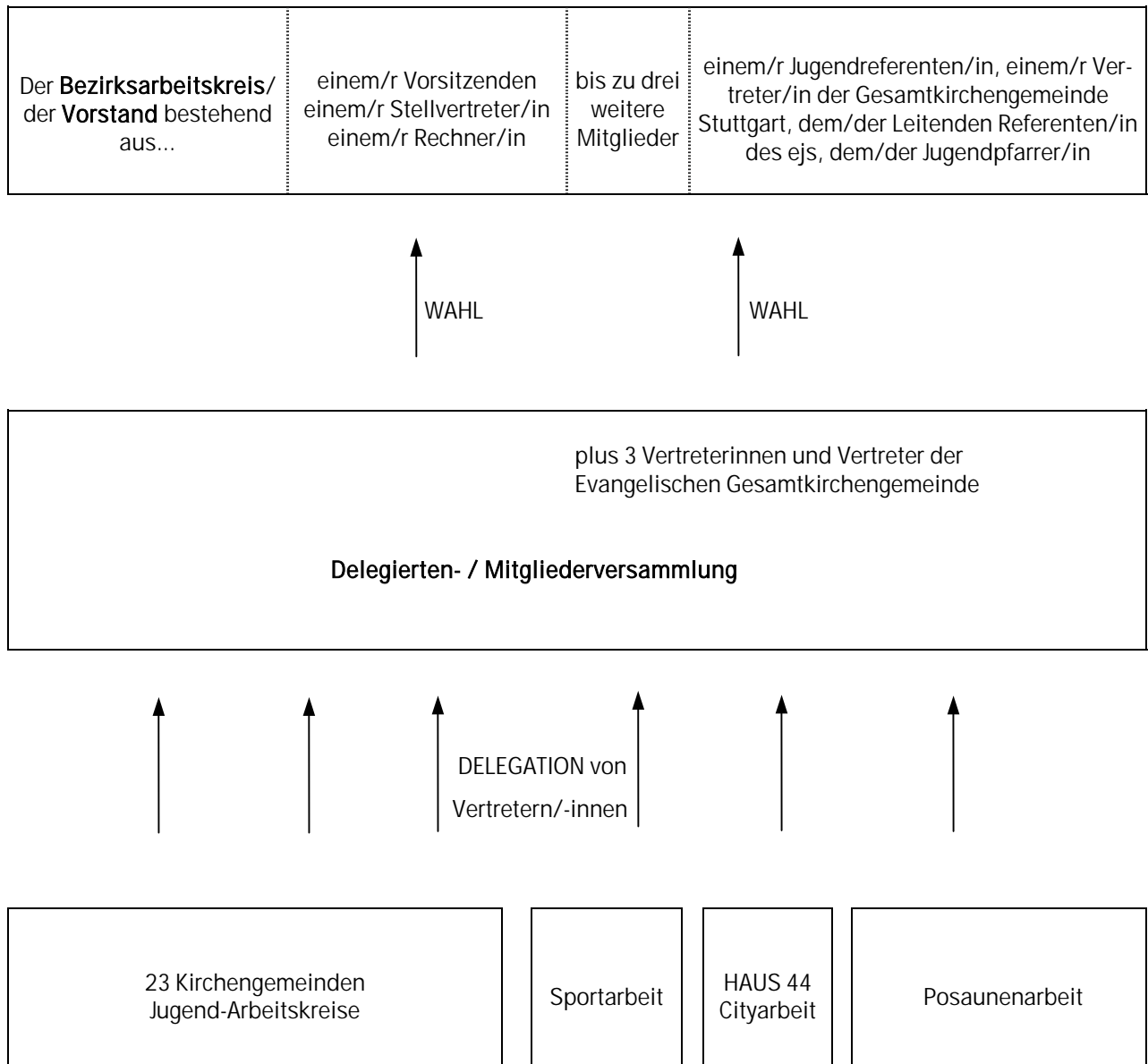
Literatur

Demokratie – Geschichte, Formen, Theorien, Hans Vorländer, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2003,
ISBN 3-89331-496-2

Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung, Gotthard Breit und Siegfried Schiele (Hrsg.),
Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002,
ISBN, 3-89331-452-0

Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta,
Praxishandbuch für die politische Bildung,
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1997,
ISBN 3-89204-817-7

Organigramm: Struktur des Evangelischen Jugendwerks Stuttgart



Partizipation ist ...?

Zum Autor:

Florian Dallmann, 34 Jahre, Diplom-Sozialarbeiter, Referent für Kinder- und Jugendpolitik in der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (aej)



Zum Verhältnis verbandlicher und nicht-verbandlicher Partizipationsformen:

Das Verhältnis von jungen Menschen und Politik ist gebrochen. Seit Ende der 80er Jahre ist von zunehmender Politik- und Politiker(innen)verdrossenheit die Rede. Die grundsätzliche Skepsis junger Menschen gegenüber „der Politik“ lässt sich grundsätzlich belegen. Die 14. Shell-Jugendstudie weist hinsichtlich der Aktivitäten für soziale und politische Ziele bzw. für andere Menschen z. B. für die Bereiche „Interessen von jungen Leuten“ und „sinnvolle Freizeitgestaltung Jugendlicher“ runde 50 % von Jugendlichen im Alter von 12- 25 Jahren aus, die sich in diesen Bereichen oft (je 12%) oder gelegentlich (39 bzw. 35%) engagieren (14. Shell-Jugendstudie, Frankfurt am Main, 2002, S. 196). Für „soziale und politische Veränderungen in Deutschland“ sind dies lediglich 17% (2% oft, 15% gelegentlich). Der Wert „Politik-Engagement“ rangiert unter 23 erhobenen Merkmalen auf dem fünftletzten Platz und hat seit 1987 noch einmal an Bedeutung verloren (14. Shell-Jugendstudie, Frankfurt am Main, 2002, S. 153).

Es ist jedoch nicht von einem generellen Desinteresse an gesellschaftlichen Belangen, sondern vielmehr von einer Distanzierung zum System der Parteienpolitik auszugehen. Die niedrige Zahl der Jugendlichen, die keiner Partei die Lösung der anstehenden Probleme zutraut (37% „keiner Partei, 19% „keine Antwort“) „... liefert einen deutlichen Hinweis auf die Parteienverdrossenheit unter den Jugendlichen“ (14. Shell-Jugendstudie, Frankfurt am Main, 2002, S. 215). Diese Phänomene äußern sich auch in der zurückgehenden Wahlbeteiligung und den Problemen der Parteien in der Nachwuchsrekrutierung.

In Politik und Gesellschaft wurde die Problematik dieser Entwicklung erkannt und Versuche unternommen, durch neue Formen der Beteiligung junger Menschen entgegen zu steuern. Seit Ende der 80er Jahre wird versucht, durch Jugendbeiräte, Jugendparlamente und durch Formen mit Open-Space-Methoden wie Jugendforen und Politik-Events die politische Beteiligung junger Menschen sicher zu stellen. Auf Bundesebene wurde z. B. 2001 die „Beteiligungsbewegung“ der Bundesregierung inszeniert. Wesentliche Meilensteine in diesem Zusammenhang waren §§ 1, 8, 9, 11, 12, 74 und 80 des KJHG und das EU Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ sowie die „Europäische Charta über die Beteiligung der Jugendlichen am Leben der Gemeinden und Regionen“.

Streit um den richtigen Weg zur Jugendbeteiligung:

Jugendverbände zeichnen sich durch ein – mehr oder weniger ausgeprägtes – jugendpolitisches Selbstverständnis aus, das in einer Trias aus Freizeitgestaltung, Bildungsangeboten und Interessenvertretung verortet ist und je nach der verbandlichen Prägung prioritäre oder untergeordnete Bedeutung hat. Hieraus ergibt sich der Anspruch, in kontinuierlicher, institutionalisierter und legitimierter Form die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten und zwar in der – mit Blick auf das politische System der Bundesrepublik – repräsentativsten möglichen Form. Im Zentrum standen und stehen insbesondere die jugendpolitische Gremienarbeit, insbesondere in Jugendringen und Jugendhilfeausschüssen. Informellere, projektorientierte oder nicht klar repräsentative oder demokratisch legitimierte Formen wurden daher mit großer Skepsis behandelt, die durch zahlreiche schlechte Erfahrungen mit neuen Beteiligungsformen (Stichworte: „Sandkastenspiele“, „Feigenblätter“ und „Politiker(innen)selbstdarstellung“ ...) noch genährt wurde.

Bei Verantwortlichen in Politik und Verwaltung entstanden offensichtlich Bedenken und Vorbehalte gegen die jugendpolitische Vertretungsarbeit der Jugendverbände, vor allem, da von einem massiven Bedeutungsverlust der verbandlich verfassten Jugendarbeit ausgegangen wurde („Krise des Ehrenamts“), bei der möglicherweise auch unreflektiert die Probleme der Partei-Organisationen auf die Verbände projiziert wurden. Grundsätzliche Skepsis gegenüber Verbänden und die schwere Darstellbar-

keit verbandlicher Arbeit kommen hinzu. Die hohe Quote von hauptberuflichen und ehrenamtlichen Erwachsenen in der jugendpolitischen Vertretungsarbeit der Verbände macht es nicht wirklich plausibel, dass hier Kinder und Jugendliche beteiligt werden. Folge war eine deutliche Präferenz informeller, projektorientierter oder schlicht nicht-verbandlicher Beteiligungsformen.

Von Vorurteilen, Kurzschlüssen und der Realität

Können Jugendverbände heute noch einen relevanten Anspruch erheben, die Interessen junger Menschen in unserer Gesellschaft zu vertreten? An dieser Stelle ist ein Plädoyer für eine differenzierte Betrachtung zu führen.

Relevanz der Jugendverbände:

Von einem generellen Bedeutungsverlust der Jugendverbände ist nicht auszugehen. Die 13. Shell-Jugendstudie stellt fest: „Der Organisiertheitsgrad der Jugendlichen erweist sich insgesamt als relativ stabil.“ Für die Jugendverbände insgesamt sind zwar Verschiebungen, aber keinerlei Marginalisierungstendenzen zu belegen (*13. Shelljugendstudie, Opladen, 2000, S. 274*). Dies lässt sich auch durch aktuelle Daten belegen:

- *88% der jungen Menschen unserer Gesellschaft haben schon einmal Angebote der Jugendverbände wahrgenommen.*
- *2/3 der jungen Menschen sind in Vereinen und Jugendgruppen aktiv. In der Regel handelt es sich hierbei um jugendverbandlich organisierte Angebote.*
- *Rund 13% der Schüler(innen) der 9. Klasse sind Mitglieder und regelmäßiger Nutzer(innen) der kirchlichen Jugendarbeit.*

(vgl. Rauschenbach, Jugendarbeit unter Druck, 2004)

Verhältnis von Verbänden und politischen Initiativen:

Das politische und gesellschaftliche Engagement in Deutschland insgesamt findet in der Tendenz in neuen Formen und Inhalten statt. „Ganz offensichtlich lässt die Attraktivität und Bindungskraft traditioneller politisch-weltanschaulicher Organisationen nach. Insbesondere sinkt die Bereitschaft zur Übernahme von Funktionen. (...) Gleichzeitig haben in Deutschland verstärkt seit den 80er Jahren unkonventionelle Organisations- und Beteiligungsformen Sympathie und praktische Bedeutungszuwächse erfahren: Engagement in Bürgerinitiativen, im Umfeld der neuen sozialen Bewegung, bei Umweltschutz- und Menschenrechtsverbänden etc.“ (*Möller, Kommunalpolitische Partizipation, in: Neue Praxis 4/2000*)

Tatsächlich legen die Daten einen erheblichen Bedeutungsverlust bestimmter Jugendverbände nahe, die Deutung bleibt jedoch unsicher. Andere relevante Verbände, wie die kirchliche Jugendarbeit stellen sich als stabil dar. Eine breite Umorientierung junger Menschen zu den oben genannten „moderneren Formen“ politischen Handelns lässt sich wiederum nicht belegen: *„Auch die angeblich für die Jugendlichen sehr attraktiven Organisationen wie Umwelt- und Menschenrechtsgruppen kommen nicht voran. Parallel zum Vertrauensverlust geht auch die Zahl ihrer jugendlichen Mitglieder zurück“ (13. Shell-Jugendstudie, Opladen, 2000, S. 276)*

Engagement in den Verbänden:

Die Bereitschaft junger Menschen zum Engagement ist ungebrochen. Sie sind die Gruppe unserer Gesellschaft, die sich am stärksten freiwillig engagiert. Es ist also nicht gerechtfertigt, von einer „Krise“ des Ehrenamts zu sprechen. Wohl aber hat ein deutlicher Wandel der Formen der Betätigung selbst stattgefunden. *Unverbindlichkeit, Spaß-Orientierung und Selbstbestimmung sind zu wesentlichen Faktoren geworden. (vgl. 12. Shell-Jugendstudie, Opladen, 1997, S. 324-346)*

Dies führt jedoch nicht zu einem generellen Funktions- oder Strukturverlust in den Jugendverbänden. „Offenbar werden mehr einfache Mitglieder in die Organisationsstruktur der Verbände mit einbezogen.“

Dem Wunsch der Jugendlichen, sich nicht langfristig festlegen zu wollen, begegnen die Vereine mit einer Rekrutierung von mehr Mitgliedern in die vorhandenen Ämter.“

Vertretung aller jungen Menschen?

Auch wenn davon auszugehen ist, dass sich in Jugendverbänden relevante Gruppen junger Menschen organisieren, müssen an dieser Stelle einige „blinde Flecken“ benannt werden, die den Anspruch der Jugendverbände, Beteiligung für alle jungen Menschen zu organisieren, einschränken:

- *Die Zahl der erreichten jungen Menschen in Ostdeutschland ist relevant niedriger als im Westen der Republik, und zwar um rund 1/3 (vgl. 13. Shell-Jugendstudie, Opladen, 2000, S. 276 und Rauschenbach, Jugendarbeit unter Druck, 2004, S. 15)*
- *Die Zahl der organisierten Jugendlichen Nicht-Deutscher Staatsbürgerschaft liegt relevant niedriger, als die der Deutschen. (vgl. 13. Shell-Jugendstudie, Opladen, 2000, S. 275) Die Praxis zeigt, dass sich dies auch in den Jugendverbänden niederschlägt.*

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass quantitativ und funktional von einem generellen Bedeutungsverlust von Jugendverbänden mit Blick auf die Beteiligung junger Menschen nicht auszugehen ist. Eine Präferenz anderer Formen der politischen Engagements außerhalb der Jugendverbände lässt sich nicht belegen.

Vielmehr ist von einer tendenziellen Entpolitisierung der jungen Generation im Sinne eines Rückganges der Bereitschaft zu einer verbindlichen Mitwirkung an demokratischen Institutionen auszugehen, die innerhalb der Jugendverbände zu einer Verschiebung von dezidiert jugendpolitischen Engagement zu anderen Engagementbereichen führt. Die statistischen Daten legen für Verbände, die vorrangig oder ausschließlich politisch ausgerichtet sind, die Vermutung nahe, dass sie Mitgliederrückgänge verzeichnen.

Vor- und Nachteile verbandlicher und nicht-verbandlicher Partizipationsformen

Aus pädagogischer und politischer Sicht stellt sich somit die Herausforderung, die Vor- und Nachteile, die Chancen und Grenzen verbandlicher und nicht-verbandlicher Partizipationsformen ab zu wägen, mit dem Ziel, ein möglichst hohes Maß von Kinder- und Jugendbeteiligung zu erreichen.

Wie oben dargestellt, besteht bei jungen Menschen eine hohe Bereitschaft sich für die Bereiche „Interessen von jungen Leuten“ und „sinnvolle Freizeitgestaltung Jugendlicher“ einzusetzen (vgl. 14. Shell-Jugendstudie, Frankfurt am Main, 2002, S. 196), wobei tendenziell eher von einer punktuellen oder zumindest zeitlich begrenzten Engagementbereitschaft auszugehen ist. Diesen Präferenzen kommen informellere Beteiligungsformen deutlich mehr entgegen als verbindliche Strukturen, welche die Kristallisationspunkte innerhalb der Jugendverbände bilden. Der Rückgriff auf projektorientierte, offene(re) Formen dürfte damit zukünftig wesentlich sein, wobei den jeweiligen Akteuren, die Aufgabe zukommt, situativ und zielorientiert die je geeignetsten Modelle zu nutzen:

- ***Legitimation und Repräsentanz:*** Je informeller ein Beteiligungsmodell angelegt ist, um so zufälliger ist die Zusammensetzung der durch sie beteiligten Jugendlichen und die zustande kommenden Ergebnisse. Somit sind sie nur für punktuelle Fragen einsetzbar. Eine Skatergruppe wird etwa sehr qualifiziert die Skateranlage mitplanen, zur Arbeit des Kreisjugendhilfeausschusses aber nur wenig beitragen können oder wollen. Jugendverbände ermöglichen dem gegenüber durch ihre demokratischen Strukturen eine höhere Repräsentanz und mehr Transparenz hinsichtlich des Zustandekommens und der Relevanz der vertretenen Positionen.
- ***Lebensweltbezug:*** Niederschwellige Partizipationsprojekte leben von ihrer Lebensweltorientierung, also ihren Bezug auf das Dorf, den Stadtteil, die Schule usw. Der direkte Ansatz an den unmittelbaren Interessen von Kindern und Jugendlichen ist ihre größte Stärke. Gleichzeitig grenzt er den Wirkungskreis auf diesen begrenzten Radius ein. Die Interessen von Kindern und Jugendlichen reichen über diese Grenze hinaus. Die Ausgestaltung eines Bundesgesetzes oder des Landesjugendplanes, der Mangel an Ausbildungsplätzen, die steigende Kinder- und Jugendarmut – all dies führt weit über die lokale Ebene hinaus und erfordert übergeordnete Strukturen.

- **Selbstbestimmung:** Viele Kinder- und Jugendliche betreffende Angelegenheiten werden in der Erwachsenenwelt verhandelt und entschieden. Ihre Mitgestaltung verlangt ein hohes Maß fachlicher Qualifikation und Professionalität, die nur durch verbindliches Engagement und Strukturen, die auch komplexe Prozesse bewältigen können, geleistet werden können. Dies führt zwangsläufig zu einer Orientierung an Formen der Erwachsenenwelt und beschränkt o. g. Präferenzen junger Menschen. Jugendverbände sind gezwungen, sich diesem Spagat auszusetzen, wenn eine Mitgestaltung auch der sogenannten „Hard Facts“ erreicht werden soll. Die Vermittlung dieser Notwendigkeit bleibt eine Herausforderung. In nicht-verbandlichen Partizipationsmodellen ist dies nicht selten ähnlich, wie Möllers Arbeit über die kommunalpolitische Partizipation in Baden-Württemberg feststellt (vgl. Möller, *Kommunalpolitische Partizipation Jugendlicher*, Neuwied, 2003).

Wege in die Zukunft

Ein Anlass, das Modell „Jugendbeteiligung durch Jugendverbände“ per se ad acta zu legen, und einseitig neue Beteiligungsformen außerhalb der jugendverbandlichen Selbstorganisation zu präferieren, besteht nicht. Jugendverbände sind allerdings vor die Herausforderung gestellt, ihre jugendpolitische Vertretungsarbeit mit Blick auf die Politikdistanz und die veränderte Engagementbereitschaft ihrer Mitglieder weiter zu entwickeln und insbesondere in lokalen Bezügen vermehrt lebensweltorientiertere und informellere Formen zu entwickeln und zu nutzen. Für die Evangelische Jugend ergeben sich folgende Herausforderungen und Perspektiven:

Breite Einbindung junger Menschen:

In vielen Bereichen der Evangelischen Jugend lässt sich nicht mehr trennen, wer Mitglied, Aktive(r), Nutzer(in), Besucher(in) usw. ist und für welchen Zeitraum er dies ist. Die Arbeit vollzieht sich zunehmend in offenen und projektorientierten Formen. Dies bedeutet, Wege und Methoden zu finden, junge Menschen ergänzend zu Formen wie Jugendvertretung, Vereinsvorstand usw. an der verbandlichen Meinungsbildung zu beteiligen. Eine besondere Herausforderung hierbei sind die Kinder des Kinder(!)- und Jugendverbandes Evangelische Jugend.

Die Grenzen der Jugendverbände sind fließend geworden. Gleichwohl bleibt das Ziel, möglichst viele junge Menschen an der Mitgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Und wie auch in vielen anderen Bereichen mit offenen und niederschweligen Angeboten gearbeitet wird, so ist dies auch vermehrt im jugendpolitischen Bereich möglich. Evangelische Jugend erreicht durch entsprechende Angebote im Sozialraum und Gemeinwesen viele der sogenannten „nicht-organisierten“ Jugendlichen. Auch ein offenes Forum oder ein politisches Jugend-Event ist letztlich eine Methode der Organisation von Jugendlichen und ihren Meinungen und Interessen.

Jugendpolitischen Absentismus überwinden:

Das Problem des jugendpolitischen Handelns Evangelischer Jugend ist nicht, dass sie an Reichweite oder Akzeptanz bei jungen Menschen verliert. Problematisch ist vielmehr, wenn Jugendpolitik das Spezialgeschäft einiger weniger Funktionär(inn)e(n) in Vorständen, Jugendringen und Jugendhilfeausschüssen bleibt. Das klassische Jugendverbands-Funktionärs-Ehrenamt wird jedoch zunehmend weniger Nachfrage bei jungen Menschen hervorrufen. Es wird also erforderlich werden, den Bereich der jugendpolitischen Interessenvertretung durch neue Formen in den Verband hinein zu öffnen. Zu denken ist etwa daran, dass sich Mitarbeitendenrunden gemeinsam mit jugendpolitischen Themen beschäftigen oder Gruppen projekthaft einzelne Vorstöße eines Jugendringes begleiten.

Schluss mit der Langeweile!

Jugendpolitische Interessenvertretungsarbeit basiert auf „Hard Facts“. Eine Jugendhilfeausschusssitzung ist keine Party und ein Haushaltsplan keine „Gute-Zeiten-Schlechte-Zeiten-Folge“. Das bedeutet aber nicht, dass dies auch immer und überall auf die jugendverbandliche Sitzungskultur abfärben muss. Ernsthaft arbeiten kann man auch in jugendgemäßen Formen. Dies bedeutet gute Moderation, Offenheit für individuelle Bedürfnisse (Austausch, Lernen, Kontaktpflege...) und auch die Möglichkeiten zum Ausprobieren. Die aej Niedersachsen hat z. B. ihre Landesjugendringdelegation verdoppelt, um „Newcomern“ die Möglichkeit zum „reinschnuppern“ zu geben.



Zur Autorin:

Anja Heinke, 26 Jahre, studiert derzeit Sozialpädagogik an der Evangelischen Fachhochschule des Rauhen Hauses in Hamburg.

Ehrenamtliches Engagement im Bereich der Evangelischen Jugend: Landesjugendkammer Schaumburg-Lippe, Vorstandsmitglied aej, Konzeption und Mitarbeit beim Crashkurs Jugend Macht Politik der aej und der Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendringvertretungen (AGLJV).

„Partizipation in Jugendverbänden – Partizipation durch Jugendverbände“: Stimmt das, oder ist dieser Titel nur ein weiterer Slogan einer versuchten Selbstlegitimation von Jugendverbänden? Hat nicht die 14. Shell-Studie gezeigt, dass Jugendliche so unpolitisch sind, wie noch nie? Wird das Engagement junger Menschen wesentlich vom Eigennutzen bestimmt, wie es der Begriff der „Generation von Egotaktikern“ nahe legt? Wie sieht es mit der viel genannten „Politikverdrossenheit“ aus, die den Unmut Jugendlicher gegenüber Politik mit ihren Akteuren und Strukturen bezeichnet? Es scheint schlichtweg langweilig, unmodern und nicht sinnvoll zu sein, sich als junger Mensch politisch zu engagieren. Oder ist Politik einfach eine Nummer zu groß? Ein Geschäft, dem Jugendliche nicht gewachsen sind? Sind Gremien und Strukturen, sowie ihre Inhalte nicht jugendgemäß genug? Ach, und die Welt lässt sich damit ja doch nicht retten!

Wie passen dann Sabine, Michael und Tobias in dieses Bild? Sabine (22) reist an mindestens einem Wochenende im Monat quer durch die Republik, um mit den anderen Vorstandsmitgliedern die Geschichte ihrer Jugendvertretung zu lenken. Michael (19) telefoniert stundenlang mit verschiedenen Leuten, um Veranstaltungen „seines“ Landesjugendringes vorzubereiten. Tobias (17) liest jeden Tag unzählige E-Mails und Newsletter um verbandspolitisch auf dem Laufenden zu sein. Und sicherlich lassen sich noch mehr Beispiele junger Menschen finden, die ihre Freizeit mit jugendverbandlichem Engagement verbringen. Ehrenamtliche engagieren sich in der praktischen Arbeit vor Ort und in kirchen- und jugendpolitischen Gremien auf unterschiedlichen Ebenen.

So bietet die Evangelische Jugend ein breites Spektrum an organisierten Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen, wie zum Beispiel Jugendvertretungen und –kammern, themenspezifische Ausschüsse, Vereinsvorstände, Stammesleitungen, Konvente sowie Mitarbeit in Zusammenschlüssen über den eigenen Jugendverband hinaus wie Jugendringe. Diese Organe der Interessenvertretung junger Menschen sind eine kleine Auswahl an Möglichkeiten um ihr ehrenamtliches Engagement einzusetzen. Hier besteht die Möglichkeit, über die unmittelbare Lebenswelt hinaus, Demokratie zu gestalten und Partizipation Wirklichkeit werden zu lassen. Junge Menschen setzen sich politisch ein auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, in den Landeskirchen und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bis in die Europapolitik und die weltweite Ökumene hinein.

Die kontinuierliche und effiziente Beteiligung junger Menschen setzt die geregelte Zusammenarbeit mit Vertreter(innen) der „Erwachsenenwelt“ und insbesondere mit hauptberuflichen Entscheidungsträger(innen) der jeweiligen Strukturen voraus. Jugend- und kirchenpolitische Gremien sind lange gewachsene und bewährte Orte zur Gestaltung von verbandlicher, politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Arbeit. Sie bieten Ehrenamtlichen und Hauptberuflichen Gelegenheiten mit jungen Menschen und erfahrenen Kräften des jeweiligen politischen Handlungsraums ins Gespräch zu kommen, gegenseitige Interessen zu verhandeln und umzusetzen. Junge Menschen haben hier die Möglichkeit ihre Ideen und Ziele zur Gestaltung von Gesellschaft und ihren Institutionen einzubringen. Klar ist: hier geht es nicht nur um Spaß, Unterhaltung und das Abgreifen des köstlichen Büffets im Sinne von „PARTY-zipation“ wie sie bei so manchem initiierten Politikevent stattfindet. Hier geht es im Wesentlichen um kontinuierliche und verlässliche Vertretungs-ARBEIT.

Dass das eine große Herausforderung für junge Menschen darstellt, die neben ihrer Freizeitgestaltung auch anderen gesellschaftlichen Anforderungen und Pflichten gerecht werden müssen – sei es einen „vernünftigen“ Arbeitsplatz zu bekommen oder dem Chef den Sonderurlaub „aus der Tasche zu leiern“, dem Studium Herr zu werden oder erst mal einen Schulabschluss in die Tasche zu bekommen – dürfte

jedem klar sein. Da ist schon einiges an Organisationstalent, Kommunikationsfähigkeit und Diplomatie vonnöten, die der Lehr- und Lernplan der Schule nicht unbedingt herausfordert. Für ehrenamtliches Engagement sind Motivation, Idealismus und Visionen notwendig, ergänzt durch die viel zitierten „Schlüsselqualifikationen“ wie Rhetorik, Zielorientierung, Konfliktfähigkeit, Empathie.

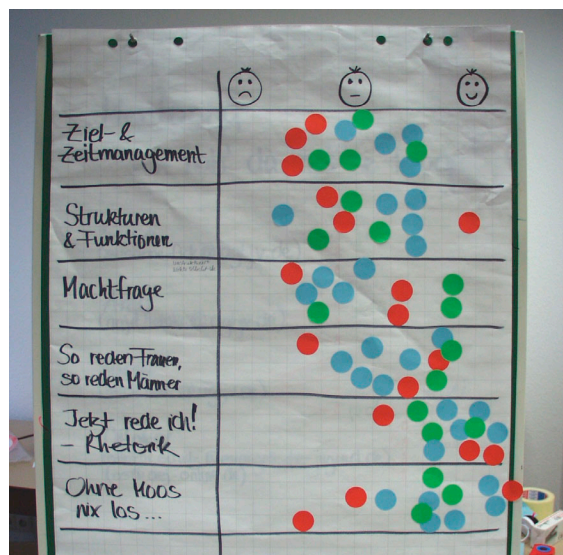
Um in der (jugend-)politischen Öffentlichkeit eine Rolle spielen zu können, bedarf es außerdem einer tragfähigen Motivation. Als Motivation steht dem entsprechend die Einsicht in die Notwendigkeit der Vertretung von Jugend- und Verbandsinteressen im Vordergrund. Junge Menschen stellen sich nicht etwa mit Phrasen ans Redner(innen)pult, die sie sich im Rahmen von „Edutainment“ angeeignet haben. Vielmehr setzen sie sich für die Umsetzung ihrer Werte, Überzeugungen und Ideale, in ihrem Verband und darüber hinaus, ein.

Der persönliche Erfolg, Anerkennung, Selbstbestätigung und das Erlernen und Anwenden von Kenntnissen und Fähigkeiten trägt jedoch diese Grundmotivation und spielt daher auch eine wichtige Rolle. Damit ist für viele verbandlich engagierte junge Menschen Jugend(verbands)arbeit mehr als Freizeitgestaltung für sich und andere, sondern sie sehen darin eine verbandlich und persönlich wichtige zukunftsfähige oder gar Zukunft ermöglichende politische Arbeit. Sie bedient einerseits persönliche Interessen der Lebensgestaltung und Karriereplanung, indem Kontakte geknüpft, Qualifikationen und Erfahrungen gesammelt werden können oder auch das Bedürfnis nach gemeinschaftlichem Streben nach höheren, aber konkreten Zielen gestillt werden kann. Beides – die persönlichen Interessen und die des Verbandes – in ein gelingendes Verhältnis zu setzen, ist eine Kunst, die zum Beispiel auf Seminaren oder Mentoring-Projekten, aber in jedem Fall in der aktiven Auseinandersetzung mit Menschen in realen Situationen und Gremien erlernt, reflektiert und erfahren werden kann.

Evangelische Jugend, wie jeder andere Jugendverband, lebt vom ehrenamtlichen Engagement eben dieser Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die nicht ins Bild einer vermeintlich unpolitischen Jugend passen. So stellt sich für jeden engagierten jungen Menschen die Frage, was unter Politik und weiter noch, unter politischem Engagement zu verstehen ist. Welche Gründe für mein Engagement habe ich persönlich? Wo liegt mein Einflussbereich? Welche Interessen habe ich im Rahmen meines Jugendverbandes? Wie setze ich mich durch? Besonders auf höheren Ebenen der Gremienarbeit und Interessenvertretung „wird die Luft dünner“, wenn es um die Klärung dieser (und noch viel mehr) Fragen geht. Es geht für junge Menschen im Jugendverband nicht nur darum, die eigene Politikfähigkeit auf die Probe, sondern auf ein solides Fundament zu stellen. Denn nur wer verstanden hat, wie Politik funktioniert, kann selber erfolgreich Politik machen!

Jugend Macht Politik – das Projekt

In dem Bewusstsein, dass jugendpolitische Interessenvertretung im Rahmen des Jugendverbands durch jugendliche Ehrenamtliche wichtig ist und mit dem Wissen, dass es sich hierbei um eine anspruchsvolle Aufgabe handelt, haben die Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendvertretungen (AGLJV) in Kooperation mit der aej einen außerschulischen Lernraum geschaffen. Unter dem Motto „Jugend Macht Politik“ führen sie ein Qualifikations- und Mentoring-Projekt durch, das auf jugendliche Ehrenamtliche zwischen 17 und 24 in den Vertretungsorganen der Evangelischen Jugend ausgerichtet ist, dass die Politikfähigkeit dieser jungen Menschen entdecken, entwickeln, stärken und unterstützen will. Idee und Konzeption des Seminars basiert im Wesentlichen auf „ehrenamtliche“ Erfahrungen aus dem Kontext der AGLJV.



Der Crashkurs „Jugend Macht Politik“ vermittelt an zwei Wochenenden grundlegende Fähigkeiten und Kenntnisse für die Mitarbeit in Gremien und bietet Freiraum zur Reflexion des eigenen Engagementpotentials. Theoretische Seminarinhalte wie Ziel- und Zeitmanagement, Rhetorik, Finanzmanagement, Gender- und Organisationskunde sollen den Blick für Machtstrukturen schärfen. Das Angebot von „Mentoring“ und „Kollegialer Beratung“ dient der stärkeren Persönlichkeitsentwicklung im jugendverbandlichen Kontext.

Für ein gelingendes Engagement im Bereich des Jugendverbands spielt im ersten Teil des Seminars das „Mentoring“ eine zentrale Rolle in der Qualifizierung der Ehrenamtlichen. In der Begleitung und Beratung durch erfahrene engagierte Menschen der jugendpolitischen Vertretungsarbeit der Evangelischen Jugend haben die Seminarteilnehmer(innen) die Möglichkeit zielorientierte Perspektiven im Dschungel der Verbandsstrukturen zu entwickeln, persönliche Stärken zu erkennen und im verbandlichen Kontext einzusetzen. Die halbjährige Mentoring-Phase wird durch eine geeignete „Hausaufgabe“ begleitet, die der Praxisreflexion dienlich ist und im zweiten Seminarteil mit einer Einführung in „Kollegiale Beratung“ und ihrer Erprobung an persönlichen Praxisbeispielen des ehrenamtlichen Engagements abgeschlossen. Hier können persönliche Strategien und Möglichkeiten der Praxisreflexion im Austausch mit anderen entwickelt werden, die über das Seminar hinaus in den ehrenamtlichen „Arbeitsalltag“ integriert werden können.

Schließlich bleibt die Seminaratmosphäre mit Andacht, Spaß und jugendlichem Flair nicht bedeutungslos für das Gelingen des Qualifizierungs- und Bildungsprozesses der auf die Politikfähigkeit der einzelnen Jugendlichen abzielt. Persönliche und strukturelle Möglichkeiten sollen erkannt und sinnvoll genutzt werden.

Durch den Crashkurs werden einzelne Menschen unterstützt und damit der Verband gestärkt. So wurden bei der ersten Durchführung des Crashkurses im letzten Jahr unter anderem

- ein neues Talent der Entwicklungspolitik entdeckt,
- eine Ehrenamtliche in der Entscheidung eine verantwortliche Position im Vorstand ihrer Jugendvertretung zu übernehmen begleitet und
- einige Ehrenamtliche auf ihrem Weg in die jugendpolitische Interessenvertretung bestärkt und unterstützt.

Was macht das Projekt nun besonders?

- Das Seminar richtet sich an engagierte junge Menschen im Bereich der Gremienarbeit;
- Qualifizierung von Ehrenamtlichen für Ehrenamtliche;
- Erfahrungshorizonte können im gegenseitigen Austausch vernetzt werden;
- Persönlichkeitsbildung;
- Qualitätssicherung für den Jugendverband;
- Politikfähigkeit junger Menschen wird gefordert, gefördert und wertgeschätzt.

Schließlich gilt: Niemand steht alleine da, denn Engagement im Jugendverband bedeutet gemeinsam für eine Sache einzutreten. Damit jugend(verband)liche Visionen, Ideen, Ideale und Ziele umgesetzt werden können, - im gesellschaftlichen, kirchlichen, politischen und nicht zuletzt institutionellen Rahmen - heißt es auch in Zukunft: Jugend Macht Politik!

Unser Know How stellen wir in Form unseres Projektes interessierten Menschen und Verbänden gern zur Verfügung. Genaue Informationen gibt es bei der aej (Ottokar Schulz 0511 1215-140) oder bei der AGLJV (crashkurs@agljv.de).

Zum Selbstverständnis der jugendpolitischen Vertretung in der aej Niedersachsen e.V. (aejn) am Beispiel der Vollversammlung des Landesjugendringes e.V.

Zum Autor:

Manfred Neubauer, Dipl.-Rel.-Pädagoge., Diakon und Diplom-Supervisor (DGSv), arbeitet im Landesjugendpfarramt der Evang.-Luth. Landeskirche Hannovers als Referent für Jugendpolitik und Politische Bildung. Er ist Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Niedersachsen.



Es wird oft gesagt: „Jugendliche sind nur schwer für Gremienarbeit zu begeistern, es muss ihnen Spaß machen, sie wollen Ergebnisse sehen, sonst stimmen sie mit den Füßen ab und bleiben weg.“

An dieser Aussage ist sicherlich etwas dran. Sie ist eine Herausforderung, auf veränderte Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher zu reagieren und eine jugendpolitische Praxis zu ermöglichen, die auf wirkliche Beteiligung und Teilhabe (Partizipation) und damit auf einen hohen Qualitätsstandard setzt. Dies sowohl inhaltlich-fachlich, als auch in Bezug auf das Miteinander, die entsprechenden Rahmenbedingungen und die notwendige Atmosphäre um miteinander arbeiten und lernen zu können.

Jugendliche und Ehrenamtliche sind in der jugendpolitischen Vertretungsarbeit unverzichtbar und gehören unmittelbar zum jugendpolitischen Selbstverständnis der Evangelische Jugend dazu. Evangelische Jugend versteht sich als Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen, und zwar auf allen Ebenen, von der Kommune bis in die Europäische Politik. *„Leitender Gedanke ist dabei ...in der Nachfolge Christi als mündige Christinnen und Christen für die junge Generation einzutreten und Verantwortung für die Welt zu übernehmen.“*(aus: *Starke Verbindungen aej Stellungnahme über die Bedeutung von Jugendringarbeit, 1993*) Daher ist festzuhalten:

1. Die jugendpolitische Vertretungsarbeit geht aus unserem evangelischen Selbstverständnis alle an, nicht nur „ein paar Hauptamtliche, die für dieses harte Geschäft bezahlt werden“.
2. Wo immer es möglich ist sollen Kinder und Jugendliche sich und ihre Interessen selbst vertreten.
3. In Zeiten schrumpfender Ressourcen in der Jugendverbandsarbeit ist die Bedeutung ehrenamtlicher jugendpolitischer Arbeit größer denn je. Mangelnde hauptamtliche Ressourcen können nicht zu einer Aufgabe dieses Arbeitsfeldes führen.

Die Situation in Niedersachsen

In der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Niedersachsen e.V. (aejn), sind zehn evangelische Jugendverbände organisiert. Diese bezieht einerseits die verschiedenen Mitglieder ein und schafft eine kontinuierliche fachliche Diskussion mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dafür sind bei den jeweiligen Mitgliedsverbänden so genannte jugendpolitische Ausschüsse eingerichtet, die kontinuierlich inhaltliche Fragen der Landesebene und des eigenen Jugendverbandes diskutieren und zur internen Meinungsbildung beitragen.

Aus diesem Kreis werden dann auch normalerweise die Personen gewonnen, die an der jährlich stattfindenden Vollversammlung des Landesjugendringes teilnehmen. Da sie allerdings nicht unmittelbar in dem landesjugendring-internen Diskussionszirkel (Hauptausschuss) mitarbeiten können, ist es eine besondere Herausforderung, sie auf die Tagesveranstaltung „Vollversammlung des Landesjugendringes“ vorzubereiten, in der neben der geschäftsmäßigen Abwicklung immer auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit aktuellen Themen (in diesem Jahr z. B. „Jugendarbeit und Ganztagschule“) geht.

Die Anträge und Beschlussvorlagen werden normalerweise etwa drei Wochen vor der Vollversammlung im Hauptausschuss des Landesjugendringes angekündigt, es sind Bündnispartner für gemeinsame Anträge zu suchen und entsprechende Vorabsprachen zu treffen. Zur Vollversammlung selbst gibt es

dann Tagungsunterlagen, die die entsprechenden Delegierten zur Vorbereitung der Vollversammlung erhalten und für die interne Vorbereitung nutzen. Bis Ende der 90er Jahre kam die Delegation der aejn (7 Delegierte inkl. Hauptausschuss-Vertreter(innen), Vorstandsmitglieder plus Ersatzdelegierte und Mitarbeiter(innen) der aejn-Geschäftsstelle) zur Vorbereitung der Vollversammlung am Tag zuvor in Hannover zusammen, um in einem ca. 3-stündigen Sitzungsmarathon die Delegierten vorzubereiten:

- Das Gremium „Vollversammlung Landesjugendring“ (Arbeit, Ablauf, Besonderheiten, Rolle und Aufgaben der Delegierten wahrzunehmen).
- Die Hintergründe für Anträge und Beschlüsse zu besprechen, um die eigene Position festzulegen.
- Bei anstehender Neuwahl des Landesjugendring-Vorstandes die interne Personaldiskussion zu führen.
- Das Wahlverhalten abzusprechen.
- Die entsprechenden Aufgaben für die Vollversammlung selbst zu verteilen (Delegationsleitung, vorbereitete Reden und Diskussionsbeiträge usw.).

Bei dieser Form der Vorbereitung war zwar der inhaltliche Aspekt (Tagesordnung, Kenntnis über die Anträge usw.) genügend berücksichtigt, der personale Gesichtspunkt, das „Näher-untereinander-Kennen-Lernen“ und „Voneinander-wissen“ (Beziehungsebene) aber nur unzureichend umgesetzt. Diese Punkte stellten jedoch eine wesentliche Erwartung der ehrenamtlichen Delegierten dar. Als Defizit wurde auch genannt, dass lediglich die aktuelle Delegation (plus mögliche Ersatzdelegierte) in den Vorbereitungsprozess involviert waren und „eine Nachwuchsschulung nicht genügend in den Blick genommen“ war.

Das veränderte Konzept

Seit mittlerweile fünf Jahren wird eine veränderte Konzeption praktiziert, die u. a. den letztgenannten Aspekt stärker fokussiert, das jugendpolitische Lernfeld „Interessenvertretung“ öffnet und gleichzeitig „Nachwuchsarbeit“ betreibt.

Die Vorbereitung findet mit einer Übernachtung, Beginn am Abend vor der Vollversammlung, statt. So ist eine Kombination inhaltlicher Arbeit und geselligem Zusammensein möglich. Darüber hinaus besteht die Gruppe aus wesentlich mehr Personen, als für die Delegation nötig sind. Im Jahr 2004 war für die 7-köpfige Delegation eine insgesamt 15 Personen umfassende Gruppe zusammengestellt worden, die gemeinsam die Vollversammlung vorbereitete und dort dann auch selbst präsent war.

Um möglichst viele Mitgliedsverbände zu berücksichtigen, kamen die entsprechenden Personen aus den verschiedensten Mitgliedsverbänden und Regionen Niedersachsens. Dabei war natürlich die Geschlechterparität zu berücksichtigen. Seit mehr als sieben Jahren besteht die aejn-Delegation aus 4 weiblichen und 3 männlichen Personen. Konkret hieß dies, dass die Delegation (7 Personen) von weiteren 8 vorbereiteten Vertreter(inne)n (potentielle Ersatzdelegierte) begleitet wurde, die auf den Gästепlätzen teilnahmen und den Ablauf der Vollversammlung intensiv und qualifiziert (da vorbereitet) verfolgen konnte.

Im Laufe der Sitzung selbst erfolgte problemlos eine Rotation zu einem speziellen Themenkomplex. Ein/e Ersatzdelegierte(r) nahm die Position eines/einer Delegierten wahr, weil aus der Delegation selbst eine Person in den Vorstand des Landesjugendringes gewählt worden war. In der Außenwahrnehmung der aejn-Delegation wurde erkennbar, dass sie vorbereitet, inhaltlich präsent und ziel- und ergebnisorientiert handelte. Dies könnte zu Überraschungen und Drucksituationen für andere Delegationen und Jugendverbände führen, die allerdings positiv gewendet werden sollten.

Jugendpolitik lernen

Die Arbeit von Jugendverbänden ist nicht nur davon gekennzeichnet, dass in ihr „nicht formelle“ und „informelle Bildung“ ermöglicht, organisiert und gefördert wird, sondern dass der Erwerb von so genannten „Schlüsselqualifikationen“ zum Standard gehört. Gemeint sind damit Fähigkeiten, know how und die Einstellung, wiederkehrende Situationen angehen und lösen zu können. Damit ist sowohl der Alltag als auch der Schul- und Berufsbereich gemeint. Schlüsselqualifikationen umfassen neben der

Aufnahme von Wissen und Können zum sachgerechten Umgang mit Informationen auch soziale Kompetenzen. Der Erwerb und die Pflege von persönlichen Kompetenzen, wie z. B. Flexibilität, Initiative, Kreativität und Innovation als auch sozialer Kompetenz, wie z. B. Kommunikation, Kooperation, Teamfähigkeit, Motivation und Kontaktfähigkeit gehören zum Repertoire von Jugendverbandsarbeit. Gerade die sozialen Kompetenzen (im angelsächsischen Sprachgebrauch „Soft Skills“ (= weiche Fähigkeiten) werden z. B. in Stellenanzeigen, Bewerbungsgesprächen oder in Assessment-Centern nachgefragt, währenddessen davon ausgegangen wird, das „Hard Skills“ (= harte Fähigkeiten) als Fachwissen eher voraussetzen sind. Aufgeführt bei „Soft Skills“ werden in der Regel Menschenkenntnis, Selbstbewusstsein, Kreativität, Durchsetzungsvermögen, Kritikfähigkeit – aber auch die Fähigkeit, andere begeistern zu können. Für den Bereich von Jugendverbandsarbeit meint dies, dass die Chance, das Lern-, Erfahrungs- und Handlungsfeld jugendpolitischer Gremienarbeit offensiv genutzt werden sollte, um die Ressourcen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gewinn- und zielbringend einsetzen zu können. Die kommt den handelnden Personen selbst, der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen und dem Jugendverband zu Gute.

Erste Liga oder Kreisklasse C

Politische Interessensvertretung in kommunalen Jugendringen



Zum Autor:

Gebhard Hirth, Pädagoge MA, ist Geschäftsführer beim Stadtjugendring Sindelfingen e.V. und Mitglied des Vorstandes des Landesjugendrings Baden-Württemberg mit der Zuständigkeit für die kommunalen Jugendringe. In dieser Funktion war er wesentlich mitverantwortlich für die Durchführung des „Plan B“ eines koordinierten Beratungsprozesses zur Stärkung kommunaler Jugendringe.

Die politische Interessensvertretung der Jugendverbände ist untrennbar verbunden mit den kommunalen Jugendringen. Die kommunalen Ringe schalten sich in die Diskussion um Neue Steuerung, um Sozialraumorientierung, der Ganztagesbetreuung an den Schulen ein und beteiligen sich an der Jugendhilfeplanung. Sie reden mit bei Fragen des Übergangs Schule zum Beruf. Förderung des Ehrenamtes, Partizipation, Verbesserung der Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendarbeit sind ihre ureigensten Themen und werden immer wieder zum Tagesordnungspunkt gemacht. So sind Jugendringe zentrales Mittel der politischen Interessensvertretung.

Dieser Beitrag betrachtet das Thema „Politische Interessensvertretung in kommunalen Jugendringen“ aus drei Blickwinkeln:

1. **in einer Gesamtschau**

es wird kurz umrissen, wie sich die Landschaft der kommunalen Jugendringe darstellt. Dabei werden exemplarisch die kommunalen Jugendringe in Baden-Württemberg ins Auge gefasst. Die Landschaft der kommunalen Jugendringe stellt sich auch in anderen (Flächen) Bundesländern so oder ähnlich dar.

2. **aus der Blickrichtung Jugendverbände und kommunale Ringe**

In diesem Teil wird auf Schwachstellen im Verhältnis Jugendverbände – kommunale Jugendringe hingewiesen und die Frage gestellt, wie diesen Schwierigkeiten begegnet werden kann.

3. **mit dem Fokus auf das Verhältnis kommunale Jugendringe – Landesjugendringe**

In diesem Teil werde ich die Schritte und Maßnahmen beschreiben, die der Landesjugendring Baden-Württemberg unternommen hat, um die Zusammenarbeit zwischen kommunaler Ebene und Landesebene zu verbessern.

Bunt, vielfältig und uneinheitlich?

Wenn man sich die Landschaft der Stadt- und Kreisjugendringe anschaut, dann stellt man fest, keiner ist wie der andere.

Es gibt:

- Jugendringe, die hauptamtliches Fachpersonal beschäftigen, andere sind rein ehrenamtlich organisiert.
- Jugendringe, die öffentliche Zuschüsse in Millionenhöhe erhalten und andere, die mit ein paar hundert Euro auskommen müssen.
- Jugendringe, die Aufgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe übernehmen und solche, die dies ablehnen.
- Jugendringe, die qualifizierte politische Interessensvertretung betreiben und andere, die politisch kein Bein auf die Erde bringen.
- Jugendringe, die gute Arbeit leisten und andere, die mehr tot als lebendig sind.

Bunt und verwirrend ist diese Landschaft. Vieles davon lässt sich erklären aus der spezifischen Situation in den einzelnen Kommunen, der spezifischen historischen Entwicklung der einzelnen Ringe – aber nicht alles.

Ein Grund liegt auch darin, dass die Mitgliedsorganisationen auf örtlicher Ebene in der Regel keine klaren Vorstellungen haben, was sie von ihrem Jugendring erwarten und welche Arbeit er leisten soll. Dies führt dann dazu, dass zumindest dort, wo aktive Vorstände vorhanden sind, diese sich und ihre Aufgaben selbst definieren. Leider nicht selten hat dies zur Folge, dass Arbeitsfelder, die schwer zu bearbeiten sind, auch unbearbeitet bleiben. Ein von allen Mitgliedsorganisationen gemeinsam entwickeltes Verständnis von kommunaler Jugendringarbeit und die klare Formulierung der Aufgaben der Vorstände ist daher zwingend erforderlich.

Die Kernaufgaben von Jugendringen sind:

1. die Interessen ihrer Mitgliedsorganisationen zu vertreten
2. die Vertretung der Interessen der Kinder und Jugendlichen des Gemeinwesens gegenüber der Politik, gegenüber der Verwaltung und der Öffentlichkeit wahrzunehmen. Im § 12 Absatz 2 des KJHG haben wir für Letzteres ein ganz klares politisches Mandat erhalten.

Wenn die Jugendringe diese Aufgaben wirkungsvoll wahrnehmen, dann leisten sie gute Arbeit!

Natürlich können und sollen Jugendringe darüber hinaus weitere Aufgaben wahrnehmen – z. B. die Trägerschaft von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, die Organisation von Freizeiten und das Vorhalten von Serviceangeboten für ihre Mitglieder, Angebote zur Gruppenleiterausbildung etc. – aber dieses sind Küraufgaben, d. h., sie können sein, sie müssen aber nicht sein. An ihnen misst sich nicht das politische Gewicht eines Jugendrings – obwohl gute Arbeit nicht schadet.

Um diesen vielfältigen Aufgaben auf örtlicher Ebene gerecht werden zu können, müssen bestimmte Voraussetzungen gegeben sein.

1. Für die Leitungsaufgaben in den Vorständen müssen Menschen zur Verfügung stehen, die die Jugendverbandsarbeit kennen – aus ihr kommen – und die über ausreichendes Wissen und Kenntnis der Kommunalpolitik verfügen.
2. Die Arbeit der kommunalen Jugendringe muss von den Mitgliedsverbänden gewollt und mitgetragen werden.
3. Ein gemeinsam entwickeltes und von den Mitgliedern getragenes Verständnis von den Aufgaben und der Ausrichtung des Rings muss vorhanden sein.
4. Mindestens die Kreisjugendringe benötigen die Unterstützung von hauptamtlichem Fachpersonal.
5. Eine ausreichende finanzielle Basis für die Arbeit der kommunalen Jugendringe muss sichergestellt sein.

Wenn man in der Gesamtschau das bunte Feld der kommunalen Jugendringe betrachtet, findet man eine solche Ausgangssituation nur selten. Feststellen muss man leider, dass es zwar einige kommunale Jugendringe gibt, die in der ersten Liga spielen, die Mehrheit spielt aber in anderen Ligen. Dies ist ein Zustand, mit dem sich Jugendverbände nicht zufrieden geben können und den sie sich aufgrund der Anforderungen, die an Jugendverbände gestellt werden, auch gar nicht leisten können.

Die Landschaft der kommunalen Jugendringe stellt sich sehr uneinheitlich dar. In der Kernaufgabe – der politischen Interessensvertretung – spielen einige der kommunalen Jugendringe in der ersten Liga. Die meisten kommunalen Jugendringe spielen aber in anderen Ligen.

Zum Verhältnis Jugendverbände und Jugendringe

Wie gestaltet sich das Verhältnis von Jugendverbänden und Jugendringen? Kommunale Jugendringe müssen mehr sein, als die Kulisse, hinter der sich Verbände um die bescheidenen öffentlichen Mittel balgen. Es geht darum, bei der Ausgestaltung regionaler Jugendpolitik mitzuwirken, die Rahmenbedin-

gungen von Jugendverbandsarbeit zu sichern und auszubauen sowie die spezifischen Interessen von Kindern und Jugendlichen in die Politik zu transportieren.

Um von der Politik, der Verwaltung und der Öffentlichkeit zur Kenntnis und ernst genommen zu werden, **müssen Jugendringe zuallererst in ihrer so genannten Basis verwurzelt sein. Dies sind die Mitgliedsverbände bzw. deren Leitungen.**

Damit ist es in der Regel aber nicht so gut bestellt. Viele Aktive in kommunalen Jugendringen klagen, dass es zunehmend schwieriger wird, beschlussfähige Mitgliederversammlungen durchzuführen. Festzuhalten ist, dass es in den Mitgliederversammlungen von kommunalen Jugendringen kaum Initiativen der Mitgliedsverbände gibt - in den Versammlungen wird in der Regel abgenickt, was der Vorstand vorschlägt. Gerade die Mitgliederversammlung müsste einen dynamischen Teil der Arbeit darstellen. Lebhaft wird es höchstens, wenn es ums Geld geht oder die eine oder andere Formulierung in der Satzung verändert werden muss.

Die Ursache ist darin zu sehen, dass die Arbeit der Stadt- und Kreisjugendringe in der Gesamtheit der Arbeit der Jugendverbände eine untergeordnete Rolle spielt. Engagierte Mitarbeit in Jugendringen wird häufig als lästige Pflicht empfunden, angesichts einer Vielzahl von internen Anforderungen. Der Blick ist zu stark nach innen gerichtet. Hinzu kommt, dass, unter Sparzwängen, die jugendverbandlichen Strukturen erheblich ausgedünnt wurden. In Baden-Württemberg ist zum Beispiel fest zu stellen, dass selbst große Verbände überhaupt nicht mehr über eine funktionierende regionale Ebene verfügen.

Wenn aber die Bedeutung der kommunalen Jugendringe bereits im Binnenbereich verloren geht, darf man nicht erwarten, dass die kommunalen Jugendringe bei der Ausgestaltung regionaler Jugendpolitik von besonderer Bedeutung sind. Es ist daher eine zentrale Aufgabe für die Verantwortlichen in den Verbänden, die interessenspolitische Vertretung als eine wichtige Aufgabe ins Zentrum ihrer Tätigkeit zu rücken. Es muss zur Selbstverständlichkeit werden, dass die politische Interessensvertretung ein zentraler Teil von Leitungsfunktion auf allen Ebenen des Verbandes ist.

Damit die kommunalen Jugendringe ernst genommen werden, müssen sie durch Personen repräsentiert werden, die etwas „vom Geschäft verstehen“. Wer in den Vorständen der kommunalen Jugendringe Verantwortung wahrnehmen will, muss sich im Feld der Jugendpolitik auskennen. Er muss wissen, von was er redet und er muss in der Lage sein, die politische Situation in den Kommunen einzuschätzen.

Wie sieht die Realität aus? In der Regel gibt es um die Posten in den Jugendringen - weder bei Vorständen noch bei Delegierten - kein großes Gedränge. Wer kandidiert, wird gewählt. In der Regel scheidet ein Vorstandsmitglied nur aus, wenn er auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Wer wieder kandidiert, wird wieder gewählt.

Eine gezielte Vorbereitung auf diese Tätigkeit in den Ringen oder eine systematische Beratung während der Tätigkeit gibt es für die Kandidat(inn)en nicht. Oft sind die Verbände nicht einmal in der Lage zu benennen, wer von ihrem Verband in welchem kommunalen Jugendring sitzt. Die Vertreter(innen) sind allein gelassen – entweder sie können sich behaupten oder sie geben frustriert nach kurzer Zeit auf.

Dies ist kein guter Zustand. Um gute regionale Interessensvertretung leisten zu können, brauchen die Vertreter und Vertreterinnen in den kommunalen Jugendringen die Vorbereitung und die Unterstützung der Landesstellen ihres Verbandes. Es ist zwingend notwendig, dass die Jugendverbände – zumindest die Großen – systematische Personalfindung und Personalentwicklung in diesem Feld betreiben.

Um die jugendpolitische Interessensvertretung zu verbessern – um in der ersten Liga zu spielen - sind zunächst die Jugendverbände selbst gefordert. Sie müssen dieses Thema stärker ins Zentrum ihrer Arbeit rücken, sie müssen über den Tag hinaus ein System der Personalplanung und der Betreuung in diesem Bereich entwickeln.

Zum Verhältnis der kommunalen Jugendringe zu den Landesjugendringen

Neben den Jugendverbänden haben auch die Landesjugendringe eine wesentliche Handlungsoption um kommunale Jugendringe zu stärken. In der folgenden Betrachtung wird dies am Beispiel des Projektes „Plan B“ deutlich gemacht. Beim „Plan B“ handelt es sich um koordinierte Beratungsprozesse für

kommunale Stadt- und Kreisjugendjugendringe, der vom Landesjugendring Baden-Württemberg und die Akademie für Jugendarbeit organisiert wurden.

Auf dem Hintergrund der zunehmenden Kommunalisierung der Jugendpolitik, wird die jugendpolitische Interessensvertretung in einem Bundesland erheblich verbessert, wenn es gelingt, die örtliche Ebene besser mit der Landesebene zu verzahnen. Es muss daher ein wichtiges Anliegen der Landesjugendringe sein, die kommunalen Ringe inhaltlich und organisatorisch zu stärken und sie in die Arbeit auf Landesebene einzubinden. Die Landesebene erschließt sich durch die vorhandenen personellen und fachlichen Ressourcen der kommunalen Ebene. Die kommunale Ebene bekommt dringend benötigte Hilfestellungen, die sie für ihre Arbeit braucht. Beide, örtliche und Landesebene, profitieren also davon.

Der Landesjugendring Baden-Württemberg beschäftigt sich mit dieser Fragestellung in einem längeren Prozess und hat die Stärkung der kommunalen Jugendringe zu einer seiner Schwerpunktaufgaben gemacht. Im Folgenden werden die Eckpunkte der Überlegungen und des Vorgehens im Rahmen des „Plan B“ vorgestellt:

Informationserhebung – Wo stehen die kommunalen Jugendringe?

Zu Beginn der Überlegungen konnten viele Fragen nicht im ausreichenden Maße beantwortet werden:

- Wie sehen kommunale Jugendringe den Landesjugendring und was erwarten sie von ihm? - Welche Schwerpunkte setzen die kommunalen Jugendringe in der Arbeit?
- Wie ist ihre finanzielle Ausstattung?
- Wie bewerten sie ihr politisches Gewicht?

Deshalb war es notwendig eine qualitative und quantitative Untersuchung über die Situation der kommunalen Ringe in Baden-Württemberg durchzuführen. Zeitgleich mit dem o. g. Diskussionsprozess wurde vom Deutschen Jugendinstitut eine Befragung der Stadt- und Kreisjugendringe bundesweit durchgeführt in dessen Rahmen dann eine spezielle Auswertung der Befragung für Baden-Württemberg erstellt wurde. Damit stand aktuelles, quantitatives Material über die Arbeit der kommunalen Jugendringe in Baden-Württemberg zur Verfügung.

Auf dem Hintergrund dieser Daten wurde in Zusammenarbeit mit der katholischen Fachhochschule für Sozialwesen in Freiburg eine qualitative Erhebung in Form von Gruppengesprächen mit zehn ausgewählten Jugendringen anhand eines Interviewleitfadens durchgeführt und ausgewertet. Diese Ergebnisse bildeten die Grundlage für die Arbeit einer Arbeitsgruppe, die der Landesjugendring Baden-Württemberg eingerichtet hat. Sie erarbeitete Vorschläge, wie die kommunalen Ringe besser in die Arbeit und in die Strukturen des Landesjugendrings eingebunden werden können.

Vernetzung der kommunalen Jugendringe

Die Zusammenarbeit der kommunalen Jugendringe war in Baden-Württemberg relativ locker. Die Ringe trafen sich in drei regionalen Arbeitsgemeinschaften jeweils zweimal im Jahr. Im Wesentlichen bestanden diese Treffen aus einem mehr oder minder tiefen Austausch über die aktuellen Aktivitäten der einzelnen Ringe und einem Bericht über die aktuellen Themen, die im Landesjugendring bearbeitet wurden. Die Teilnahme war eher spärlich.

Dieser Zustand war unbefriedigend. Die Arbeitsgruppe hat daher vorgeschlagen die Struktur der Zusammenarbeit der kommunalen Ringe neu zu regeln und statt dessen die kommunalen Jugendringe in kleinräumigeren Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Region stärker in den Blick zu nehmen und regional überschaubare Arbeitszusammenhänge auf der Ebene der Stadt- und Kreisjugendringe zu schaffen.

Bisher gibt es sechs solcher Arbeitsgemeinschaften. Die Teilnahme an diesen AG ist erheblich größer als davor und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen einzelnen Ringen zeichnet sich ab.

Beratung der Stadt– und Kreisjugendringe

Viele kommunale Jugendringe haben einen Beratungsbedarf. Die traditionelle Form der Beratung von der Landesebene durch den Landesjugendring konnte diese Bedarfe nur unzureichend abdecken. In einer sehr individuellen, team- und personenbezogenen Form werden daher Fragestellungen der einzelnen Ringe in intensiven Beratungsprozessen bearbeitet. Ziel des „Plan B“ ist es dabei, entweder die Organisation einzelner Ringe weiterzuentwickeln oder ein Projekt zu einem bestimmten Themenschwerpunkt möglichst zielgerichtet und erfolgreich durchzuführen.

Einbindung der kommunalen Ringe in den Landesjugendring

Die kommunalen Jugendringe waren bislang über Arbeitsgemeinschaften an den Landesjugendring angebunden. Um die neuen regionalen Arbeitsgruppen besser an den Landesjugendring anzubinden wurde eine Kommission Jugendringe mit einem Fachvorstand eingerichtet. Diese Kommission ist der Ort, an dem die Fragestellungen der regionalen Ebene im Landesjugendring verhandelt werden. An diesem Ort können die kommunalen Jugendringe ihre Sichtweisen und Fragestellungen in die Arbeit des Landesjugendrings einbringen. Über diese Kommission wird gewährleistet, dass die kommunalpolitische Blickrichtung nicht verloren geht.

<p>Die Maßnahmen, die der Landesjugendring Baden-Württemberg ergriffen hat, hat die kommunalen Jugendringe gestärkt und auch die Schlagkraft des Landesjugendrings erhöht. Das Ziel bleibt: „Erste Liga“!</p>
--

Begleitung von VertreterInnen im Jugendhilfeausschuss

Erfahrungen aus der Evangelischen Jugend in Baden

Zum Autor:

Mike Cares, 52 Jahre, tätig als Referent für Jugendpolitik im Amt für Evangelische Kinder- und Jugendarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden. Erfahrung in vielen jugendpolitischen Außenvertretungen, so auch die langjährige Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss der Stadt Mannheim und im Landesjugendhilfeausschuss Baden.



Der Jugendhilfeausschuss (JHA) ist das zentrale Steuerungsinstrument der Jugendhilfe. Im Rahmen der von der Gebietskörperschaft zur Verfügung gestellten Finanzmittel, werden hier zentrale Planungen beschlossen, Rahmenbedingungen gesichert und weiter entwickelt und nicht zuletzt finanzielle Entscheidungen für die Kinder- und Jugendarbeit getroffen. Grund genug uns als Evangelische Jugend Baden wo immer möglich an der Arbeit der örtlichen Jugendhilfeausschüsse zu beteiligen. Die landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen zum KJHG sehen in Baden-Württemberg vor, dass zwei Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder Vertreter(innen) Freier Träger sein müssen, die auf Vorschlag der Jugend- und Wohlfahrtsverbände durch die Gebietskörperschaft gewählt werden. Für den Bereich der Jugendverbände werden die Vorschläge in der Regel über den zuständigen Kreis- oder Stadtjugendring als gemeinsame Liste eingereicht.

Schon bei der Aufstellung der Liste wird deutlich, dass es oft nicht einfach ist, geeignete Vertreter(innen) zu finden. Der hohe zeitliche Aufwand, ungünstige Sitzungszeiten, die notwendige jugendpolitische Erfahrung/Fachwissen führen dazu, dass die Vertretung insbesondere von den Jugendverbänden wahrgenommen wird, die über entsprechendes hauptamtliches Personal oder langjährig erfahrene Ehrenamtliche verfügen. Dies sind häufig die konfessionellen Verbände und die Sportjugend. Auch wenn es in einzelnen Kreisen zu mehr Kandidaturen kommt als zu besetzende Plätze vorhanden sind und sich der Jugendring auf gemeinsame Kandidat(inn)en einigen muss, müssen heute mögliche Kandidat(inn)en erst überzeugt werden. Aufgrund schwindender Ressourcen bei den Verbänden und Abbau hauptamtlicher Stellen in der Jugendarbeit ist die Bereitschaft gesunken in die übergreifende jugendhilfepolitische Planung und Interessensvertretung zu investieren. Zudem hat die Arbeit im Jugendhilfeausschuss den Ruf vergnügungssteuerfrei zu sein, was es besonders schwer macht, neue und jüngere ehrenamtliche Vertreter(innen) für diese Vertretungsarbeit zu gewinnen.

Über diese stimmberechtigten Plätze hinaus haben die Kirchen einen beratenden Platz, über deren Besetzung die zuständigen kirchenbezirklichen Entscheidungsgremien befinden. Seit einigen Amtsperioden bittet die badische Kirchenleitung die bezirklichen Gremien in einem entsprechenden Brief bei ihren Personalplanungen für die beratenden Plätze, auch die evangelischen Jugendarbeit und Diakonie zu berücksichtigen, falls diese nicht auf einem stimmberechtigten Platz der Freien Träger berücksichtigt wurden.

Viele JHA-Vertreter(innen) berichten von einer übermächtigen Verwaltung, die allein die Tagesordnung bestimmt und durch entsprechende Beschlussvorlagen ihr Handeln absegnen lässt. Dazu kommen Landräte und Dezernenten als Vorsitzende, die oftmals einen autokratischen Leitungsstil pflegen, bei dem es schwierig ist, sich als einzelnes Jugendhilfeausschussmitglied zu behaupten oder gar mit eigenen Anträgen Entwicklungen voranzutreiben. Erschwerend kommt in einigen Landkreisen die Unart hinzu, bestimmte Themen einmal in dem einen und dann in einem anderen kommunalen Ausschuss zu verhandeln. Das kann dazu führen, dass jugendhilfepolitische Fragen in einem rein kommunalpolitischen Gremium ohne Beteiligung der Freien Träger entschieden werden. Schließlich werden die Gestaltungsräume des Planungsinstruments „Jugendhilfeausschuss“ auch durch die sogenannten neuen Steuerungsmodelle durch die Verwaltung unterlaufen.

Die beschriebenen Entwicklungen machen einerseits deutlich, wie wichtig der JHA für die Sicherung und Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen von Kinder- und Jugendarbeit und darüber hinaus insgesamt für die Kinder- und Jugendhilfe und Gestaltung des kommunalen Lebensraumes ist. Andererseits wird deutlich, dass unsere Vertreter(innen) Unterstützung, Schulung und Beratung benötigen, insbesondere wenn sie erstmals im JHA vertreten sind und es nicht reicht, die Plätze einfach zu besetzen und die Vertreter(innen) sich selbst zu überlassen. Die Mitarbeit im JHA erfordert die jugendpolitische Rückbindung an die Arbeit in den Verbänden und im Jugendring. Gleichzeitig sind die Mitarbeiter(innen) der Jugendarbeit, die diese Funktion übernehmen, in der Regel hoch engagiert und zeitlich sehr belastet, so dass wenig Bereitschaft besteht, sich zusätzliche weitere regelmäßige Termine verordnen zu lassen.

In Baden haben wir in den letzten Jahren unterschiedliche Wege beschritten, um die Arbeit der JHA-Vertreter(innen) zu unterstützen und zu begleiten. Dabei sind alle Versuche, regelmäßige Gesprächszusammenhänge auf Landesebene zu installieren, gescheitert.

Die besten Erfahrungen haben wir bisher mit folgendem Modell gemacht. Im ersten Halbjahr nach der Neukonstituierung der Ausschüsse haben wir zu einem landesweiten Fachtag eingeladen, der sich aus zwei Elementen zusammensetzt. Zu einem grundsätzlichen Thema wird eine kompetente Fachreferentin eingeladen. Themenbeispiele aus den letzten Jahren waren:

- Einführung in die rechtlichen Grundlagen für JHA-Mitglieder;
- Neue Steuerungsmodelle in der Jugendhilfe;
- Der JHA im kommunalen Rechtsgefüge.
- Der zweite Schwerpunkt besteht im Erfahrungsaustausch und Fragen zur praktischen Alltagsarbeit im Jugendhilfeausschuss. Dieser doppelte Ansatz macht ein solches Treffen sowohl für neu gewählte wie langjährige JHA-Mitglieder interessant.

Für uns als Evangelische Jugend Baden ist der potenzielle Teilnehmendenkreis zu klein, von uns allein geplante Maßnahmen sind zumeist ausgefallen. Deswegen wurden die bisherigen Fachtage immer in wechselnden Kooperationen durchgeführt.

Kooperationspartner waren bisher:

- Diakonisches Werk Baden,
- Evangelische Jugend Württemberg,
- Konfessionelle Jugendverbände Baden Württemberg,
- Landesjugendring Baden-Württemberg.

Es gab auch bereits Überlegungen, einen solchen Fachtag insgesamt für die Freien Träger zu organisieren. Dies ist bisher aber immer an einzelnen Verbänden gescheitert. Am erfolgreichsten waren die Treffen auf der Ebene des Landesjugendrings. Im Rahmen des Landesjugendrings haben wir gemeinsam Arbeitshilfen bis hin zu Rechtsgutachten erarbeitet und zur Verfügung gestellt, die für die Arbeit im JHA sehr hilfreich sind.

Nicht alle gewählten JHA-Vertreter(innen) nehmen dieses Angebot wahr. Die Teilnehmendenzahl lag bisher zwischen 12 und 25 Personen. Bei allen Treffen wurde der Wunsch laut, einmal pro Jahr zu einem solchen Treffen einzuladen, um auch während der Amtsperiode die Möglichkeit zum strukturierten Austausch zu bekommen.

Genauso wichtig ist aber die Möglichkeit bei zumeist akuten Einzelfragen sich beraten zu lassen. Diese erfolgt verbandsintern über das Amt für Evangelische Kinder- und Jugendarbeit oder aber über den Landesjugendring.

Schließlich haben sich Arbeitshilfen und Materialien zu bestimmten Einzelfragen als sehr hilfreich bewährt. In den letzten Jahren haben wir als Evangelische Jugend darauf verzichtet, eigene Materialien zu

produzieren. Stattdessen haben wir auf der Ebene des Landesjugendrings aktiv an der Erstellung gemeinsamer Arbeitshilfen mitgewirkt, die sich großer Akzeptanz erfreuen.

Für eine erfolgreiche Arbeit im Jugendhilfeausschuss sind aus unserer Erfahrung zusammenfassend folgende Elemente hilfreich:

1. Informationsfluss
JHA-Vertreter(innen) müssen über landes- und bundespolitische sowie trägerspezifische Entwicklungen regelmäßig informiert sein.
2. JHA-Vertreter(innen) brauchen fachliche Beratung und Unterstützung. Diese erfolgen durch den jugendpolitischen Referenten im Amt für evangelische Kinder- und Jugendarbeit und durch den Landesjugendring. Dieser stellt auch Arbeitshilfen zum downloaden und gedruckt zur Verfügung (www.ljrbw.de).
3. Die Sitzungen der örtlichen Jugendhilfeausschüsse müssen durch die VertreterInnen der Jugendverbände gemeinsam vorbereitet werden. Wo immer möglich empfiehlt sich auch die vorherige Absprache mit den übrigen Vertreter(innen) der Freien Träger im JHA.
4. Einmal pro Jahr wird ein Fachtag angeboten, in der Mischung von fachlichem Input zu aktuellen Grundsatzthemen und Erfahrungsaustausch von Mitgliedern unterschiedlicher JHA.

Bei allen beschriebenen Formen geht es um kleine Teilnehmendenzahlen. Unsere bisherige Erfahrung ist aber, dass sich der Aufwand auch für kleine Zahlen lohnt.

Jugendpolitische Vertretungsstruktur ohne Kraft?

Zum Autor:

Dr. Martin Nörber arbeitet beim Hessischen Jugendring als Referent für politische Bildung. Weitere Aufgabengebiete sind Grundsatzfragen der Jugendarbeit, Jugendpolitik, Ehrenamt.



Wie geht es weiter mit der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland? Nachdem bereits in vielen Kreisen, Städten und Gemeinden die Kinder- und Jugendhilfe immer stärker allein unter dem Gesichtspunkt der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen sowie der Hilfen zur Erziehung betrachtet wird, steht mit der aktuellen Debatte um eine mögliche Übertragung der jetzigen Zugehörigkeit der Kinder- und Jugendhilfe aus der konkurrierenden Gesetzgebung allein in die Zuständigkeit der Länder, die Verfasstheit der Kinder- und Jugendhilfe auf dem Spiel. Sollten sich hier grundlegende Änderungen vollziehen, wird sich dies auch auf die Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen auswirken. Noch kann nicht in vollem Umfang überblickt werden, was sich alles ändern würde, klar ist nur, dass die bewährte Zweigliedrigkeit des Jugendamtes und die besondere Stellung des Jugendhilfeausschusses nur durch eine auch für die Zukunft geltende Bundeszuständigkeit gesichert werden kann. So haben einzelne Bundesländer immer wieder die Forderung erhoben, die Zweigliedrigkeit aufzuheben und den Jugendhilfeausschuss abzuschaffen. In der Konsequenz würde der Jugendhilfeausschuss als das formal wichtigste Entscheidungs- und Steuerungsorgan in der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe wegfallen.

Jugendamtsverwaltung und Jugendhilfeausschuss

Angesichts der Tatsache, dass Angebote der Kinder- und Jugendhilfe primär in einem kommunalen Bezugsfeld angesiedelt sind, hat der Bundesgesetzgeber im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) die Gesamtverantwortung für die Kinder- und Jugendhilfe in die Hände der Landkreise und kreisfreien Städte gelegt. Diese sind bisher verpflichtet ein Jugendamt einzurichten. Die Jugendämter sind in ihrer Arbeit auf das KJHG verwiesen und mit der Wahrnehmung und Sicherstellung der gesetzlich im KJHG festgeschriebenen Aufgaben und Leistungen beauftragt. Im Gegensatz zu anderen kommunalen Fachämtern wird im KJHG verfügt, dass „die Aufgaben des Jugendamtes ... durch den Jugendhilfeausschuss und durch die Verwaltung des Jugendamtes wahrgenommen (werden)“ (§ 70 KJHG). Das Jugendamt besteht somit aus zwei Teilen, die in einem konkreten Arbeitsverhältnis zueinander stehen.

Ausgehend von dieser gesetzlichen Festschreibung kann von einem „exekutiven“ und einem „legislativen“ Teil im Jugendamt gesprochen werden. Während die Verwaltung des Jugendamtes den exekutiven Teil darstellt, ist der Jugendhilfeausschuss als legislativer Teil anzusehen. Diese Struktur basiert auf der Absicht der Etablierung einer weitest gehenden Mitbestimmung fachkundiger Bürgerinnen und Bürger. Das KJHG bestimmt hinsichtlich der Zusammensetzung der Jugendhilfeausschüsse in § 71 KJHG, dass neben der Mitgliedschaft von Kommunalpolitikerinnen und -politikern oder parteinahen Personen, zwei Fünftel des Anteils der Stimmen durch Personen zu besetzen sind, „die auf Vorschlag der im Bereich des öffentlichen Trägers wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe von der Vertretungskörperschaft gewählt werden; Vorschläge der Jugendverbände und der Wohlfahrtsverbände sind angemessen zu berücksichtigen“ (§ 71 Abs. 2 KJHG).

Das dieses Vorschlagsrecht der Jugendverbände in der Praxis der Jugendhilfeausschüsse keine unbedeutende Rolle spielt wird deutlich, wenn davon auszugehen ist, dass beispielsweise die Jugendverbände in Hessen im Jahr 1995 42 Prozent der Anteile der freien Träger in Ausschüssen stellten - mehr als die Wohlfahrtsverbände, die „nur“ über einen Anteil von 39 Prozent der Sitze verfügten (Vgl. Friedrichs 1997, 7). Die aktuellste Veröffentlichung zur Arbeit von Jugendhilfeausschüssen, die am Beispiel von Nordrhein-Westfalen die fachliche und jugendhilfepolitische Bedeutung der Jugendhilfeausschüsse im Zeitraum von Mai 2001 bis April 2003 untersucht hat, kommt zu ähnlichen Ergebnissen:

„Die stimmberechtigten Vertreter/innen von freien Trägern verteilen sich zu 46% auf die Wohlfahrtsverbände, ... , zu 41% auf die Jugendverbände und zu 13% auf sonstige Träger“ (Merchel/Reismann 2004, 137).

Jugendverbände im Jugendhilfeausschuss

Der hohe Anteil der aus Jugendverbänden stammenden stimmberechtigten Mitglieder in Jugendhilfeausschüssen legt angesichts der Tatsache, dass *„der Jugendhilfeausschuss ... in der örtlichen Jugendhilfe das formal wichtigste politische Entscheidungsgremium dar(stellt)“ (Merchel/Reismann 2004, 12)*, nahe, danach zu fragen, welche Bedeutung und welchen Einfluss jugendverbandlichen Vertreterinnen und Vertretern im Ausschuss zukommt. Die Antwort auf diese Frage erscheint insofern von Interesse, da durch die gesetzlich fixierte Einbindung der Jugendverbände in die Ausschüsse, den jugendverbandlichen Vertreterinnen und Vertretern in hohem Maße einerseits eine Stellvertretungs- und Sicherungsrolle bezogen auf das Leistungsangebot Kinder- und Jugendarbeit und andererseits die Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen zukommt.

Bisher lagen keine Kenntnisse darüber vor, welche Jugendverbände überhaupt und wenn ja, mit welcher „personellen Beteiligungsstärke“ in Jugendhilfeausschüssen mitarbeiten. In der aktuellen Auswertung einer Untersuchung zur Arbeit der Jugendhilfeausschüsse aus Nordrhein-Westfalen wird deutlich, dass die Beteiligung der Jugendverbände zu 35 Prozent von Vertreterinnen und Vertretern aus Jugendringen wahrgenommen wird. Die restlichen Sitze verteilen sich weitestgehend auf Mitglieder aus konfessionellen Jugendverbänden (30 Mitglieder kamen aus katholischen und 16 Mitglieder aus evangelischen Jugendverbänden). Über einen nennenswerten Umfang an Vertreterinnen und Vertreter in Jugendhilfeausschüssen verfügen darüber hinaus allein noch die Sportjugend (13 Mitglieder) und die SJD-Die Falken (9 Mitglieder). Die Mitwirkung der Jugendverbände im Jugendhilfeausschuss scheint sich somit auf eine kleine Gruppe von Verbänden zu beschränken, die - so ist mit Blick auf die Praxis anzunehmen - sich durch die Existenz hauptberuflich tätiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszeichnen bzw. auf die Unterstützung durch hauptberuflich Engagierter zurückgreifen können.

Betrachtet man die in den Ausschüssen behandelte Themenstruktur, zeigt sich, dass in den nordrhein-westfälischen Jugendhilfeausschüssen *„das Thema Jugendarbeit (einschließlich Jugendverbandsarbeit und Jugendkulturarbeit) ... das am meisten behandelte Thema in den Jugendhilfeausschüssen, gefolgt von der Kindertagesbetreuung, allgemeinen Finanzfragen, Spielplätze und Jugendhilfeplanung (ist)“ (Merchel/Reismann 2004, 170)*. Die Thematisierung von Jugendarbeit geschieht dabei auf der Grundlage der Tagesordnung der Ausschüsse. *„Formal gesehen werden Themen dann in die Tagesordnung aufgenommen, wenn entweder die Verwaltung des Jugendamtes die Aufnahme in die Tagesordnung vorschlägt und die/der Ausschussvorsitzende der Aufnahme zustimmt oder aber wenn mindestens ein Fünftel der Ausschussmitglieder die Aufnahme in die Tagesordnung beantragt“ (Merchel/Reismann 2004, 171)*. Insgesamt gehen zwei Drittel aller Anträge die beschlossen werden auf die Initiative der Verwaltung zurück. Anträge von stimmberechtigten freien Trägern erreichen gerade einmal einen Anteil von 0,04 Prozent aller Anträge im Ausschuss. Die politische Initiativlosigkeit der freien Träger, d. h. auch der Jugendverbände, dokumentiert sich auch an einer weiteren Stelle: *„Anträge von freien Trägern zur Jugendhilfeplanung fanden sich in den untersuchten Jugendämtern im Erhebungszeitraum überhaupt nicht“ (Merchel/Reismann 2004, 178)*.

Bezugnehmend auf den Einfluss bzw. die Bedeutung von Personengruppen in Jugendhilfeausschüssen zeigt sich darüber hinaus, dass *„Vertreter/innen freier Träger ... lediglich zu 16,7% als besonders einflussreich benannt (werden)“ (Merchel/Reismann 2004, 198)*. Festgestellt wird: *„Der als erheblich geringere eingeschätzte Einfluss der Vertreter/innen der freien Träger wird besonders im Vergleich mit den beratenden Mitgliedern deutlich; beide, Vertreter/innen der freien Träger und beratende Mitglieder befinden sich auf einer ähnlichen Stufe der wahrgenommenen Einflussintensität. Bei den Aussagen der Ausschussmitglieder verschlechtern sich diese Werte für die Vertreter/innen der freien Träger noch. Nennen die Ausschussmitglieder bei den einflussstarken Personen zu 68,3% Ausschussmitglieder aus dem Kreis der stimmberechtigten Politiker/innen und bewegen sie sich damit tendenziell in eine Richtung wie die Amtsleitungen, so entfallen auf die freien Träger bei ihnen nur noch 14% der Nennungen, auf die beratenden Mitglieder aber immerhin 17,2%“ (Merchel/Reismann 2004, 199)*. In einem Zwischenresümee kommen Merchel und Reismann deshalb zum Ergebnis, dass *„eine gemeinsame Interessenvertretung der freien Träger ... insgesamt nicht erkennbar (ist)“ (Merchel/Reismann 2004, 200)*.

Zur Wirkung der jugendverbandlichen Interessenvertretung im Jugendhilfeausschuss

Ausgehend von den Ergebnissen, der von Merchel und Reismann für Nordrhein-Westfalen durchgeführten Untersuchung und subjektiven Erfahrungen auf der Grundlage der Beratung und Begleitung von Stadt- und Kreisjugendringen in Hessen, erscheint die Feststellung nicht falsch, dass die fachliche und jugendhilfepolitische Bedeutung der Vertreterinnen und Vertreter mit jugendverbandlichem Hintergrund in den Jugendhilfeausschüssen als gering einzuschätzen ist. Die Frage ist: Was machen die jugendverbandlichen Vertreterinnen und Vertreter in den Jugendhilfeausschüssen eigentlich? Und: Warum machen sie scheinbar nichts?

Vielleicht findet sich eine Antwort auf die Fragen beim Blick auf eine im Oktober 2000 durchgeführte Befragung jugendverbandlicher Vertreterinnen und Vertreter in Jugendhilfeausschüssen in Hessen. Hier zeigt sich, dass im Selbstbild der jugendverbandlichen Vertreterinnen und Vertreter die Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss als produktiv und gestaltend wahrgenommen wird und darüber berichtet wird, dass *„78 Prozent aller Befragten bereits einen oder mehrere Anträge in den Jugendhilfeausschüssen eingebracht haben“* (Friedrichs/Nörber 2001, 111). Die nach der Befragung versandte Bitte um Zusendung von gestellten Anträgen für die Erstellung einer Antragsbörse verlief demgegenüber ohne Erfolg. Scheinbar - so die nahe liegende Vermutung - existiert eine erhebliche Differenz im Hinblick auf die Bedeutung der Mitarbeit zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung.

Wenn der Jugendhilfeausschuss als das zentrale Gremium für kommunale Jugendhilfepolitik zu betrachten ist und der Ausschuss *„Politikgestaltung in einer für Kommunalpolitik ungewöhnlichen Konstitution (betreibt)“* (Merkel/Reismann 2004, 215), bedarf es aus jugendverbandlicher Sicht vor dem Hintergrund der neuen Untersuchungsergebnisse aus Nordrhein-Westfalen dringend einer Qualifizierung der Mitarbeit in Jugendhilfeausschüssen. Die Feststellung, *„dass die Ausgestaltung eines auf die spezifischen Rollensegmente der Vertreter/innen der freien Träger ausgerichteten Rollenprofils noch nicht ausreichend gelungen ist“* (Merkel/Reismann 2004, 227) ist als Herausforderung zu verstehen und muss konkrete Konsequenzen in der jugendpolitischen Interessenvertretung der Jugendverbände nach sich ziehen.

Literatur

Friedrichs, D.: Der Jugendhilfeausschuß – Teil des Jugendamtes, Kassel 1997

Friedrichs, D./Nörber, M.: Der Jugendhilfeausschuss. Die Chance für die Steuerung in der Kinder- und Jugendhilfe, Wiesbaden 2001

Merkel, J./Reismann, H.: Der Jugendhilfeausschuss. Eine Untersuchung über seine fachliche und jugendpolitische Bedeutung am Beispiel NRW, Weinheim 2004



Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (aej)

